Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 118 | Bezugspreis: Monatl. 4.— Mk. b. Abholung, 4.50 Mk. frei Haus. Durch Postbezug im Mai 3.50 Mk., ab 1. Juni 4.50 ob. 13.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Bei Einsend. des Bezugspreises a. d. Postscheckkonto, nicht der Verl. d. Bestellneb. | Halle, Freitag, den 21. Mai 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang.

Die Schlachtfront des Proletariats.

Ungeheuer waren früher die Widerstände, die sich der kämpfenden Arbeiterklasse entgegenstemmten. Diese Widerstände waren aber mehr politischer Natur, analog der Kampffesfront der Arbeiterklasse. Sie kämpfte für Sozialreform. Dieselbe kam seit Jahrzehnten nicht vom Fleck. Sie kämpfte für gleiches und geheimes Wahlrecht. Die Reaktionäre hielten destomehr am Dreiklassenwahlrecht fest. Sie kämpfte um Abrüstung, Heer und Flotte wurden immer stärker. Sie kämpfte um direkte Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften. Die indirekten Steuern wurden immer schärfer. Eine unüberwindliche Mauer schien sich aufzutürmen, die nur durch eine gewaltige, alles umfassende Anstrengung zerbrochen werden konnte. Diese Vorstellung mußte sich an der Hand der Verhältnisse herausbilden. Die Umbildung dieser politischen Gegensätze konnte nicht anders vor sich gehen.

Hier hat der verlorene Krieg und die daraus entstehende Revolution eine vollständige Aenderung geschaffen.

Diese Mauer existiert im politischen Leben nicht mehr.

Aber die Triebkräfte aller dieser politischen Kämpfe sind ja die wirtschaftlichen Verhältnisse. Solange diese nicht umgestaltet werden, ist eine Milderung der politischen Kämpfe nicht zu erwarten. Wenn man aber für einen plötzlichen Umsturz der politischen Machtverhältnisse in der Weltgeschichte Beispiele hat, in der dauernden Umwälzung des Wirtschaftslebens der Völker findet man solche Beispiele nicht. Hier ist stets nur eine organische Entwicklung vor sich gegangen.

Trotzdem verlangen aber die Unabhängigen genau dieselbe plötzliche Umwälzung im Wirtschaftsleben. Weil diese aber nicht eintritt, so suchen sie die Schuldigen dafür; das sollen natürlich wir sein. Ueberall behaupten sie, daß wir, die Sozialdemokraten, durch unsere Politik die Notlage des Volkes verschulden.

Das ist eine einzige große Lüge.

Erst vorgestern behauptet das „Volksblatt" wieder, wir hätten die Sozialisierung des Großgrundbesitzes und damit eine Preissenkung der Lebensmittel verhindert. Was aber führt es als Beweis an? Wir hätten in Weimar gegen die Enteignung des Großgrundbesitzes gestimmt. Wächst dadurch ein Halm Getreide mehr auf dem ausgesogenen Boden, bildet sich deshalb ein Knollen Kartoffeln mehr in

diesem Jahre, wenn wir jetzt einem Teil des Volkes das nehmen wollen, was andere weiter besitzen sollen.

Die Folge würde nur weiterer Bürgerkrieg sein und damit weiterer Rückgang der Erträgnisse. Das ist doch aber der wirkliche Grund der entsetzlichen Teuerung der Nahrungsmittel, die Knappheit derselben.

Ein sicherer Weg aus diesem Elend herauszukommen ist der, der durch die Schaffung des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. 8. 19. und durch die Annahme des Reichsheimstättengesetzes in Angriff genommen worden ist. Beschleunigt kann diese Entwicklung noch werden durch eine umfangreichere Tätigkeit der Kultusämter.

Das sind fruchtbare, zweckmäßig umgestaltende Schritte zu besseren Zuständen.

Die kleinen Landwirte, die Landarbeiter und auch die Industriearbeiter sollten sich das vor Augen halten.

Doch die Unabhängigen wissen, daß ihre Schlagworte **elende Lügen** sind. Mögen die Arbeiter selbst entscheiden, wenn sie lesen, was Däumig, der zweite Vorsitzende der U. S. P., am 29. April auf dem Bezirkstag Wasserkante ausgeführt hat. Er sagte:

„Wir haben auch als ehrliche Sozialisten der Arbeiterschaft zu sagen, keine Macht kann euch für die nächste Zeit das Schlaraffenland schaffen. Wir müssen uns davor hüten, den Arbeitern goldene Berge zu versprechen. Wir haben zu sagen, kommt der Sozialismus zum Sieg, dann habt ihr mindestens fünf bis sechs Jahre noch ganz hart zu arbeiten, vielleicht über den Achtstundentag hinaus (!), um diese ganze Trümmerwelt hinauszuschaffen."

„Revolutionär sein heißt nicht, sich auf die Barrikaden zu stellen, sondern sich mit der zähesten und geringsten Kleinarbeit durchzukämpfen."

Also mit der zähesten und geringsten Kleinarbeit durchkämpfen. Damit mit dieser Kleinarbeit aber warten, bis die Arbeiterklasse unbestritten im Besitz des politischen Staates ist, heißt, sie auf die Folterbank des langsamen Dahinsiechens spannen. Die Bahn ist frei für diese alles umgestaltende zähe Kleinarbeit. Die Arbeiterklasse mögen sie nur beschreiten und nicht sich abmühen, die ursprüngliche alte Front der fruchtlosen Opposition herzustellen. Das ist die Vorbedingung, an der größere und umfassendere Aenderungen herantreifen.

Im engsten Kreise, unter sich, sind unsere Brüder von links recht gut imstande, die Verhältnisse richtig einzuschätzen. Aber sind sie in Halle so ehrlich, wie Däumig verlangt? Der Arbeiter urteile selbst. Nein, dort, wo es gilt, auch den Massen die Wahrheit zu sagen, versagt diese Erkenntnis ganz und gar. Die Wahrheit wird in schlimmster Weise vergewaltigt, um sich den Beifall politisch ungeschulter Wähler zu sichern.

Statt den Kampf mit alter Energie gegen rechts zu führen, ist die Wahlagitation der U. S. P. nur darauf angelegt, der Sozialdemokratie die Wähler abzujagen. Ohne Erfolg, wie wir fest überzeugt sind. Aber dadurch, daß die Sozialdemokratie sich der wüsten Angriffe von links erwehren muß, wird ihr entschlossener Kampf gegen rechts beeinträchtigt.

Deshalb ist die wirkliche Schlachtfront des Proletariats nicht im wüsten Kampflärm der links von uns stehenden Richtungen zu finden, sondern in unserer zähen und geringen Kleinarbeit auf allen Gebieten, deren Wirkung allerdings nicht sofort bemerkbar sein wird. Wer also die Republik sichern und den Weg zum Sozialismus freimachen will, der stelle sich in diese Schlachtfront, der kämpfe mit in unseren Reihen und

wähle am 6. Juni die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei: Die Liste

Krüger — Waentig — Wiegand.

Wirtschaftsverständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Berlin, 20. Mai. Die Meldung eines Blattes, daß der Reichskohlenkommissar mit mehreren leitenden Beamten in der vergangenen Woche in Paris geweilt habe, wird der „Deutschen Allg. Ztg." bestätigt. Auch auf französischer Seite war der Wille der Verständigung vorhanden, und die schwebenden Fragen wurden sachlich besprochen. Endgültige Abmachungen konnten noch nicht getroffen werden, da von französischer Seite erklärt wurde, daß die letzten Entscheidungen dem Obersten Rate und der Wiedergutmachungskommission überlassen werden müßten.

Paris, 20. Mai. Heute nachmittag haben im französischen Handelsministerium in Paris die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen begonnen. Ein Meinungsaustausch über den Gegenstand der Beratungen und die Geschäftslage ergab völlige Uebereinstimmung. Sodann traten die beiderseitigen Sachverständigen zu Einzelbesprechungen zusammen.

Der Frieden mit Amerika.

Washington, 20. Mai. Die verbündeten Führer des Repräsentantenhauses haben beschlossen, die vom Senat angenommene Resolution, die dem Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten, Deutschland und Oesterreich ein Ende setzt, ebenfalls anzunehmen. Das Haus soll sich am Freitag entgültig über die Resolution aussprechen.

Wiederaufnahme des deutsch-franz. Eisenbahnverkehrs.

Paris, 20. Mai. Bei Beratungen technischer Delegierter der deutschen, französischen und belgischen Eisenbahnverwaltungen über die Wiederaufnahme des Reiseverkehrs zwischen den drei Ländern und den Durchgangsverkehr durch Deutschland wurde erzielt: 1. eine Vorvereinbarung zu dem Vertrage über den Tarif Prag—Warschau—Wien-Expreß; 2. eine Vereinbarung mit der französischen Ostbahn wegen direkter Wagenverbindung mit Frankfurt, Prag, Warschau, München und evtl. Wien; 3. eine Vereinbarung mit der französischen und belgischen Nordbahn und der internationalen Schlafwagengesellschaft wegen direkter mehrklassiger Wagenverbindung zwischen Paris, Ostende und Berlin, evtl. Warschau. Zur Behandlung weiterer Einzelpunkte zu 2 und 3 soll demnächst eine Zusammenkunft in Kehl stattfinden.

Zusammenstöße in Hamburg.

Tote und Verwundete.

Hamburg, 20. Mai. Bei einer Straßenkundgebung Arbeitsloser und Ausgesperrter kam es in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu einem Zusammenstoß mit Polizei und Sicherheitswehr, bei dem drei Personen getötet und zehn verwundet wurden.

Der Streik auf den Werften beigelegt.

Hamburg, 20. Mai. Im Streik auf den Hamburger Werften hat das unter Vorsitz des Kommissars des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Weigert, am 20. Mai zusammengetretene Schiedsgericht einen Spruch gefällt, den beide Parteien angenommen haben. Die Arbeit der Angestellten und Arbeiter wird darnach am Freitag, den 21. Mai, wieder aufgenommen.

Besprechungen in Permanenz.

San Remo — Hythe — London — Ostende — Salonwagen — Spa.

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, findet die nächste Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George in London statt, sobald die Finanzsachverständigen ihre Arbeiten so gefördert haben, daß sie zu praktischen Ergebnissen gekommen sind. Vor Eröffnung der Konferenz von Spa werden Millerand und Lloyd George in Ostende erwartet und auf dem Weg zur Konferenzstadt würden die letzten Beratungen zwischen den zwei Ministerpräsidenten stattfinden. Wie das „Petit Journal" meldet, wird im Laufe dieser Woche eine neue Anleihe, höchstwahrscheinlich wieder eine Prämienanleihe aufgelegt werden.

Bürgerkrieg und Koalition.

Die Ergebnisse einiger Landeswahlen haben die Aufmerksamkeit erneut auf die praktische Frage gelenkt, wie Deutschland eigentlich regiert werden soll, wenn die Wahlen weder eine sozialistische Mehrheit, noch eine Mehrheit der bisherigen Koalition ergeben. Ein Zusammenregieren mit den Volksparteilern lehnt die Sozialdemokratie unter allen Umständen ab. Es bliebe also nur noch die Möglichkeit einer Regierung der Rechten. Aber wenn die Extreme rechts und links wachsen, so wird auch eine solche Regierung nicht leicht eine parlamentarische Mehrheit haben, solange wenigstens die Demokraten festbleiben und sich nicht an ihr beteiligen.

Das Problem ist also ernsthaft. Der Zusammenbruch der Koalition könnte den Zusammenbruch Deutschlands zur unmittelbaren Folge haben. Aeußerste Rechte und äußerste Linke sehen sich deshalb veranlaßt, den Wählern Auskunft über die allerwichtigste und allerpraktischste Frage zu geben, nämlich über die, wie künftig in Deutschland regiert werden soll.

Namens der Rechtsparteien erklärt die „Tägliche Rundschau", daß es dann eben zum Bürgerkrieg kommen werde. Die äußerste Linke würde gegen die äußerste Rechte zu den Waffen greifen, und diese müssen sich mit allen verfügbaren Mitteln darauf vorbereiten. „Der Bürgerkrieg wird dann sehr schnell überwunden sein, während er jetzt unter der schwachen Regierung zu einem Dauerzustand geworden ist." Deswegen angegriffen, weist die „Tägliche Rundschau" darauf hin, daß die äußerste Linke genau ebenso den frisch-fröhlichen Bürgerkrieg gepredigt habe. In der Tat erklären die meisten unabhängigen Redner ganz unverblümt, es werde binnen kurzer Frist nur noch eine große Rechte und eine große Linke geben, und der Entscheidungskampf zwischen diesen werde nicht im Parlament, nicht mit Reden, Flugblättern und Stimmzetteln, sondern von den Massen selbst auf der Straße ausgefochten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200521-11/fragment/page=0001

Unabhängige wie Deutschnationale haben recht. Die Herrschaft der äußersten Linken mit ihrer Aufhebung der Demokratie und die Herrschaft der äußersten Rechten, die vielleicht formell Demokratie sagt, aber materiell sicher Gewalt ausübt, führen beide gleichermaßen notwendig zum bewaffneten Austrag des politischen Machtstreites. Ob dieser Kampf dann lange dauert oder schnell entschieden ist, wobei die unterlegene Partei mit Sicherheit zur Sabotage des Wirtschaftslebens gedrängt wird, das läßt sich nicht von vornherein entscheiden. In jedem Falle bedeutet das Gewaltregiment von links — System Lenin — und das Gewaltregiment von rechts — System Horty — den völligen Ruin des Landes, das blutige Ende von Zehntausenden, das Verhungern von Hunderttausenden. Rechte und Linke steuern gleichermaßen auf den Bürgerkrieg zu. Die „schwache" demokratische Regierung hat bisher alle Versuche zum Bürgerkrieg im Keim erstickt. Gelegentlich war ein paar Tage München oder das Ruhrrevier in den Händen der Linksradikalen, Berlin in den Händen der Rechtsradikalen. Immer ist ihr Gewaltstreich rasch zusammengebrochen und der Bürgerfriede unter dem Programm der Freiheit und des gleichen Rechts aller wiederhergestellt werden. Auf dieser Bahn müssen wir weiter vorwärts. Wir können es nur durch eine sozialistische Mehrheit, die klar und unzweideutig demokratisch ist, oder durch die Koalitionsmehrheit.

Die „Flucht aus der S. P. D."

Unabhängige Zeitungen und Redner haben sich immer und besonders auch wieder in der letzten Zeit darin gefallen, unter Anführung aller möglichen Beispiele, von der „Flucht aus der S. P. D." zu sprechen. Vor kurzem wurde z. B. in der „Freiheit" gemeldet, daß am 1. Mai der Ortsverein Bohnsdorf der S. P. D. geschlossen zu den Unabhängigen übergetreten sei. Diese Nachricht entpuppte sich bald als ein vollständiger Schwindel, da der Ortsverein Bohnsdorf nach wie vor aufs eifrigste innerhalb der S. P. D. arbeitet.

Vor wenigen Tagen berichtete die „Freiheit", das „Volksblatt" in Halle vom 17. d. M. freudestrahlend, daß Herr Dr. Kölitz mit dem größten Teil des Ortsvereins Zehlendorf zu den Unabhängigen übergetreten sei. Unseren Berliner Genossen ist bekannt, daß Herr Dr. Kölitz schon seit längerer Zeit aus gekränktem Ehrgeiz und verletzter Eitelkeit seine Parteitätigkeit stark im Sinne der unabhängigen Politik ausübte. Er hatte es verstanden, einen gewissen Kreis ähnlich unzufriedener Parteimitglieder um sich zu sammeln. Mit ihnen zusammen bildete er die sogenannte „Opposition" in der Groß-Berliner Organisation. Mit wahrer Lammesgeduld haben die Berliner Parteigenossen die geschwollenen Ergüsse dieser Herren monatelang ertragen. Kölitz insbesondere hat es verstanden, sich im Ortsverein Zehlendorf dadurch, daß er jeden nicht auf seinem Boden stehenden Genossen fernhielt und die Parteimitglieder in ganz einseitiger Weise informierte, eine starke Unterstützung zu verschaffen.

Da er auch jetzt nicht daran dachte, in Zehlendorf die Wahlagitation in Angriff zu nehmen, sondern damit fortfuhr, Stank und Zwistigkeit in die Partei hineinzutragen und offen seine Ansicht bekundete, mit dem ganzen Ortsverein zur U. S. P. zu gehen, griff der Kreisvorstand Teltow-Beeskow ein und führte in zwei Versammlungen eine Aussprache mit den Zehlendorfer Parteigenossen herbei, zu der der Genosse Franz Krüger als Vorsitzender und der Genosse Theodor Fischer als Bezirkssekretär delegiert wurden. In der zweiten Versammlung sah Kölitz sein ganzes Lügengebäude zusammenbrechen. Ein Antrag, der ihm wie bisher vollstes Vertrauen aussprechen sollte, wurde abgelehnt und schließlich beschlossen, vor allen Dingen an die Wahlagitation zu gehen. Zu diesem Zwecke wurde ein Aktionsausschuß gewählt. Hierauf erklärte Kölitz seinen Austritt. Nur wenige seiner treuesten Anhänger folgten ihm, während die übrigen Mitglieder des Ortsvereins (mehr als neun Zehntel) der Partei treu geblieben sind. Alle Hoffnungen der Unabhängigen und Kommunisten und ihrer Agenten vom Schlage Kölitz auf den Rückgang unserer Partei werden zunächst gemacht durch die Tatsache des dauernden Wachstums unserer Organisation, und auch der 6. Juni wird uns einen guten Erfolg, diesen Parteien aber eine Enttäuschung bringen.

Die neue Sozialisierungskommission.

In den nächsten Tagen erscheint, wie die „P. P. N." erfahren, im „Reichsanzeiger" ein Erlaß des Reichspräsidenten über die Einberufung und die Befugnisse der Sozialisierungskommission. Der Erlaß gibt dem Reichswirtschaftsminister das Recht, die Kommission nach ihren Vorschlägen zu ergänzen. Die Gesamtzahl der Mitglieder soll 30 nicht übersteigen. Der Sozialisierungskommission gehören an:

Professor Ballod, Friedrich Baltrusch, Dr. Adolf Braun, Adolf Cohen, Dr. Rudolf Hilferding, Otto Hué, H. Kaufmann, Karl Kautsky, Dr. Hans Krämer, Dr. Karl Selchior, Dr. Robert Kuczynski, Prof. Dr. Emil Lederer, Prof. Hugo Lindemann, Franz Neustedt, Dr. Walther Rathenau, Karl Friedrich von Siemens, Prof. Dr. Joseph Schumpeter, Paul Umbreit, Generaldirektor Dr. Vogelstein, Prof. Alfred Weber und Rudolf Wissell.

Die Sozialisierungskommission hat das Recht, auf Grund ihrer Arbeiten der Reichsregierung Vorschläge zu gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinwirtschaftlicher Art zu unterbreiten und Anregungen zu einer wirtschaftlicheren und zweckmäßigeren Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe, insonderheit der Post und Eisenbahn, zu geben. Zur Durchführung ihrer Arbeiten ist die Sozialisierungskommission ermächtigt, von den Bestimmungen über die Auskunftspflicht Gebrauch zu machen.

Die Vorberatungen der Sozialisierungskommission sind soweit gediehen, daß die Vorschläge für die einzelnen Wirtschaftsgebiete von Unterkommissionen ausgearbeitet werden können. Ein Entwurf für die Regelung der Kohlenwirtschaft ist bei der Unterkommission für Kohle und Kali bereits in Vorbereitung.

Das Wahlresultat in Braunschweig.

Zum Ergebnis der Braunschweiger Landeswahlen wird uns von dort geschrieben: Das Geschrei von einem großen Sieg der Rechtsparteien steht mit den Tatsachen nicht im Einklang. Wenn das führende Organ des Landeswahlverbandes, in dem die Rechtsparteien vereinigt sind, am Tage nach der Wahl den Unabhängigen ein Regierungsbündnis anbietet, spricht das deutlicher als alle Siegesnachrichten. Tatsächlich haben die Sozialisten überraschenderweise alle bei der Revolution gewonnenen Stimmen im Lager der Arbeiterparteien halten können. Daß dies trotz der beispiellosen Hetze der reaktionären Parteien und trotzdem Braunschweig wirtschaftlich ein Agrarland ist, möglich war, ist ein gutes Vorzeichen für die kommenden Reichstagswahlen. Der ungeheure demagogische Feldzug gegen die Sozialdemokratie hat nur den Erfolg gehabt, daß die Arbeiterwähler noch weiter nach links gegangen sind. Die Demagogen haben die Klassengegensätze verschärft; selbst haben sie dabei keinen Gewinn geerbt. Die sozialistische Mehrheit im Landtag ist genau dieselbe wie vorher, nur innerhalb der Klassen hat eine Verschiebung zugunsten der Extremen stattgefunden. Die bürgerlichen Parteien, die auszogen, den Drachen Sozialismus zu töten, sehen betrübt, daß dieses Tier nur noch bösartiger geworden ist.

Die Braunschweiger Unabhängigen stehen vor der schwierigen Frage, wie sie sich zur praktischen Regierungstätigkeit stellen wollen. Eine gewisse Hoffnung auf eine Befreiung von der radikalen Phrase gibt die furchtbare Niederlage der Kommunisten, die nicht ein Mandat erobern konnten. Vom Kommunismus ist das braunschweigische Volk genesen. Der Sieg der Unabhängigen wird diese Partei zwingen, sich zum Sozialismus und zur Demokratie zurückzufinden.

Die geistige Wüste.

Ein schauriges Bild der geistigen Verödung wird uns aus dem Idealstaat der Kommunisten und Unabhängigen, aus Rußland, gezeichnet. Wir empfehlen allen Freunden der Rätediktatur die aufmerksame Lektüre des nachfolgenden Artikels, der für sich spricht:

„Ueber die Lage des graphischen Gewerbes in Rußland veröffentlicht das Regierungsorgan „Iswjestija" einen Artikel, den wir wegen seiner Wichtigkeit in wörtlicher Uebersetzung hiermit folgen lassen: Unsere Plakaterzeugung ist tatsächlich gestorben, denn z. B. die Plakate gegen den Brennstoffmangel ruhen schon drei Monate in den Steindruckereien. Unsere Agitationsliteratur ist vom Markte verschwunden und erscheint fast garnicht mehr. Wo findet der Leser einen, wenn auch kurzen Bericht über die Verhandlungen des siebenten Sowjetkongresses? Die dort von Lenin gehaltene Rede ist im Sonderdruck bis jetzt noch nicht erschienen. Die Forderungen des Tages finden keinen Widerhall; augenscheinlich existiert bei uns keine Broschürenliteratur. Unsere Bücher verschwinden vom Markt in einer geradezu katastrophalen Weise. In die neu eroberten Gebiete können wir alles bringen, nur nicht den Text der Sowjet-Verfassung, nur nicht unsere Agitationsliteratur, unsere Bücher und Zeitungen, ganz gleich welcher Art. Die Provinz klagt weniger über den Mangel an Brennstoff und Lebensmitteln, als über den Mangel an Büchern und Zeitungen. Unsere großstädtischen Zeitungen werden in den größeren Städten der Sowjetrepublik als etwas sehr Seltenes angesehen. Sogar in Moskau gelingt es nur einigen Glückskindern, eine Zeitung auf der Straße zu kaufen. Zeitschriften sind in Sowjetrußland überhaupt nicht mehr zu haben. Mit anderen Worten: Die Grundlagen unserer Agitation und Propaganda sind schon in den Wurzeln untergraben. Das gedruckte Wort stirbt. Der staatliche Verlag ist gezwungen, sich mehr der Unterbindung als der Herausgabe der Zeitschriften und Bücher zu widmen. Diese katastrophale Lage verhindert jede druckschriftliche Agitation und ruiniert den Buch- und Zeitungsverlag dermaßen, daß in keinem Landesteile die tausenden Arbeiten erledigt werden können. Um die Transportkrise zu beheben, mußten wir vor allem die Eisenbahner aufklären. Das bedeutet: neue Broschüren, Aufrufe, Plakate, Zeitungen und Flugblätter. Um unsere Landwirtschaft und unsere Fabriken wieder zu beleben, benötigten wir Hunderte von neuen Büchern und Broschüren — nicht nur Agitationsschriften, sondern auch technische und landwirtschaftliche Lehrbücher und Anleitungen zur rationellen Arbeit. Besonders jetzt müßten wir unsere Agitation mit Hilfe des gedruckten Wortes zum Maximum steigern. Aber wir haben kein Papier. Die Papiererzeugung geht immer mehr zurück. Unsere Druckereien liegen still. Unsere Setzer verstreuen sich in die Dörfer. Unsere Schriftsteller beschäftigen sich mit allem, nur nicht mit der Schriftstellerei des Tages. Die Verbreitung von Büchern und Zeitungen ist total zerfahren. — — —"

„Arbeitsunlust." Amtlich wird der Hamburger Presse mitgeteilt: Im Betriebe des Fernsprechamtes sind dadurch ernste Schwierigkeiten aufgetreten, daß die Telegraphenwerkführer infolge Arbeitsunlust, die mit der neuen Besoldungs- und Personalreform im Zusammenhang steht, der Störungen nicht mehr Herr werden. Starke Verzögerungen sind unter den obwaltenden Umständen nicht zu vermeiden.

Zwei Millionen Kriegsgewinnsteuer. Das Oppelner Finanzamt hat den Kriegsmillionär Moeser auf Grund seines Kriegsverdienstes von sieben Millionen Mark zu einer Steuer von vorläufig zwei Millionen Mark herangezogen. Eine Sicherheitshypothek in dieser Höhe wurde auf seine Oppelner Grundstücke eingetragen.

Internationale Anleihe für Deutschland. Es wird mitgeteilt, daß die Pläne für eine internationale Anleihe für den Wiederaufbau der deutschen Industrie jetzt in Hythe endgültig geregelt worden sind. England, Frankreich, Italien, Belgien, die Vereinigten Staaten, Holland, Dänemark und Spanien werden sich an dieser Anleihe beteiligen. Die Einzelheiten der Anleihe werden in der finanziellen Konferenz in Paris, wo auch die deutschen Delegierten anwesend sein werden, verhandelt.

Der „Herrscher" Dortmunds verhaftet. Der Kommunistenführer Adolf Meinberg, das Haupt der Kommunistenbewegung in Westfalen und der „Herrscher" in Dortmund während des letzten Aufruhrs, ist jetzt in Nürnberg verhaftet worden.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(41. Fortsetzung.)

Die Franzl schrak nicht wenig zusammen, als plötzlich neben ihr jemand zu reden anhub, sie sah sich um und der Bursche stand mit finsterem Gesichte vor ihr.

„Du bist da, Flori?" rief sie.

„Ja, ich bin da."

„Hast sie halt auch noch einmal sehen wollen?"

„Freilich."

„Du lieber Gott, wer hätt' sich denken können, daß es mit euch zwei so einen traurigen Ausgang nimmt?"

„Wohl, wohl. Lassen wir das gut sein. Reden wir von was anderem!"

„Was tust du jetzt?"

„Auf den Tanzboden geh' ich."

„Du gehst jetz — von da weg — auf den Tanzboden?"

„Wohl, du gehst ja auch keinen anderen Weg."

„Aber Flori —"

„Hei, Franzl, wir gehen miteinander. Halte mit, auf drei Tag' fang' ich mit dir eine Liebschaft an, länger darf keine bei mir dauern, denn ich hab' nur auf drei Tag' lang Glück."

„Jesus, wie ihr Mannsleut' doch sein könnt? So magst du daherreden und ist kaum dein Schatz von dir gegangen, vielleicht auf Nimmerwiederkehr', eine Dirn', wie du bald keine zweite findest."

„Eben darum halte ich mich jetzt an mehrere, weil eine nicht ausreicht, sie mir aus dem Sinn zu bringen."

„Das ist ein recht gartiges Reden, Flori, dasselbe hätt' ich von dir nicht erwartet."

„Es möcht' doch nicht anders werden, und wenn ich gleich winseln tät' wie ein geschlagener Hund. Nun, Franzl, was ist es mit unserer Liebschaft?"

„Geh' zu, du wirst mich gleich bös machen. Zum Spaßen ist jetzt kein Anlaß und dein Ernst kann es nicht sein."

„Warum nicht, auf drei Tag'."

„Nicht auf einen nähm' ich dich. Wenn du so in Handumkehr die Reindorfer Leni vergessen kannst, so wär' für dich die Metzer Seferl noch zu gut."

Der Bursche sah auf das Mädchen herab. „Meinst du?" dachte er. „Ich sollte fast selber glauben, aber danach frage ich jetzt nicht! Du, mit deiner Lustigkeit und deiner Brabheit, läufst mir auch zu viel über den Weg, hüt' dich, jetzt bin ich spielerisch wie ein kleiner Bub', lockt mich ein Kieselstein ich hole ihn aus dem Bache und tändle damit, so lang es mich freut, dann werf' ich ihn wieder weg. Aber weil sie dir nachfragen will, weil ihr vielleicht leid geschehen möchte um dich, so bleibe halt im Wasser!"

„Nun, schau," sagte er, „gerade eben darum möcht' ich gern mit dir den Anfang machen, weil du so hübsch in der Mitte zwischen einer Reindorfer Leni und einer Metzer Seferl liegst."

Die Dirn wandte sich ab.

So gingen sie nebeneinander her und die Kleehuber Franzl fand noch oft Gelegenheit, ihm „sein loses Maul zu verbieten."

Sie gelangten in das Dorf, aus dem Wirtshause scholl ihnen Musik entgegen, Florian warf mit einem wildlustigen Aufschrei seinen Hut in die Luft, fing ihn auf, drückte ihn tief in die Stirne und stürzte sich mitten hinein in das Gewühl der tanzlustigen und durstigen Gäste.

Die Vögel sangen nicht, sie lärmten so aufdringlich laut, und grell schlug das Sonnenlicht durch die fächelnden Blätter an den oberen Zweigen der Büsche und an den Kronen der Bäume, längs des Waldweges, den Magdalena dahinschritt. Fernab lag die Straße, wo eine Begegnung sie hätte verstören oder zerstreuen können, das Auge ihrer Eltern folgte ihr nicht mehr und das närrisch-fröhliche Geplauder von befreundeter Lippe war längst an ihrer Seite verstummt; sie fühlte sich allein und was sie sich auch darauf zugute tat, daß sie ihren alten Leuten und der Jugendgespielin gegenüber stark geblieben und über ihr Los gedacht, wie es der Vater nicht anders hätte sagen können: dagegen kann keins, wie rechtschaffen dasselbe es sonst meinen mag, — lange schon war der Zweig, den sie unter diesem Denken dort vom Busche gebrochen, ihrer Hand entglitten, gar weh überkam sie der Gedanke, wie übel es doch sei, wenn der Mensch den Kopf gegen das Herz, all sein Besinnen gegen sein Empfinden aufrufen müsse; zwei schwere Tränen traten ihr in die Augen und überwältigt von dem Gefühle, — „halt doch unglücklich zu sein, wie nit bald eines," — warf sie sich wieder auf den Rasen und drückte laut aufschluchzend ihr Gesicht gegen das Bündel.

Ja, dagegen kann auch keins, wie rechtschaffen dasselbe es sonst meinen mag!

Plötzlich aber raffte sie sich auf und eilte, wie flüchtend den Waldweg entlang, hinaus auf die offene Straße. Bis dorthin, wo das Marterkreuz hersieht, ist ihr die Gegend bekannt, sie hat dieselbe viel Hunderte Male gesehen, von dort ab aber beginnt für sie die weite Welt, von der fast alle, die nach ihr auszieheu, Glück erhoffen und begehren; sie, die nur so ins Leben hereingeschlüpft ist, will demütiger sein und für das bescheidenste Plätzchen mit dem wollen Einsatze ihres ganzen Pflichtgefühls bezahlen, denn sie hat nicht wie andere mit Gott und Welt dafür weit zu werden, daß sie da ist, sondern weil sie da ist.

Und als sie vorübergeschritten war an dem gemauerten Pfeiler mit der vom Regen verwaschenen Bildtafel, da forderte der ungewohnte Weg ihre Aufmerksamkeit, taufend und ein Gegenstand ihr Auge, fernes und nahes Geräusch ihr Ohr, an allen Sinnen beschäftigt, von jedem Gedanken, außer jenen auf das Zunächstliegende, abgelenkt, ging sie wie träumend an Feldern, kleinen Dörfern und einsamen Weilern vorüber und gegen abend stieg sie von dem Kamme eines Hügels hernieder und schritt auf die Kreisstadt zu.

Was sie, um sich zurechtzufinden, die Leute fragte, und was diese, sie recht zu weisen, antworteten, sie behielt es nur die kurze Strecke über, bis wo sie aus dem beängstigenden Gehaste der Fußgänger hinweg in einen ruhigen Hausflur trat und der tosende Straßenlärm in dem stillen Stübchen erstarb, zu dessen Tür ein altes, kleines, freundliches Mütterchen sie hineinschob.

Dort saß in einem hohen Lehnstuhle ein greiser Mann, der Schein der Lampe fiel auf sein Gesicht und Magdalena erkannte sofort in ihm ihren Oheim; das war Zug für Zug der Vater Reindorfer, nur noch einige Jahre älter und infolgedessen hinfälliger, aber so nicht anders wird er aussehen, wenn er das gleiche Alter erreicht, was sich ja bei seiner zähen Lebenskraft wohl erwarten ließ und das Mädchen auch vom Grunde ihres Herzens hoffte, trotzdem sie bald mit sich uneins ward, ob sie ihm damit Gutes wünsche.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200521-11/fragment/page=0002

Deutsche Nationalversammlung.

178. Sitzung. Mittwoch, den 19. Mai.

Am Regierungstisch: Wirth, Blunk.

Präsident **Fehrenbach** gedenkt des verstorbenen Abgeordneten **Wurm** (U. S.). Eingetreten für ihn ist Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. S.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichsgesetze und im Enteignungsgesetze geregelten Ansprüche und Verbindlichkeiten. (Ausgleichsbesteuerungsgesetz.)

Abg. **Dernburg** (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Abg. **Schiele** (Dn.): An der Vorlage tritt der fiskalische Gesichtspunkt stärker hervor als der wirtschaftliche des notwendigen Wiederaufbaues. Wir beantragen darum eine gerechtere Behandlung der Liquidationsgewinne.

Abg. Dr. **Becker** (D. Vp.): Dieses wichtige Gesetz ist nicht mit der nötigen Gründlichkeit beraten worden.

Reichsfinanzminister Dr. **Wirth**: Wir haben außerordentlich große Bedenken getragen, den Vorschlägen des Ausschusses zu folgen. Der Antrag des Abg. Dr. Becker geht zu weit, denn bei der außerordentlichen Notlage der Reichsfinanzen ist es unmöglich, aus allgemeinen Steuermitteln die Fehlbeträge der sozialisierten großen Verwaltungen zu decken.

Unsere schwebende Schuld vermehrt sich pro Monat um 3 bis 4 Milliarden Mark.

(Hört, hört!) Darüber ist man sich noch viel zu wenig klar. Wenn man alle Ungerechtigkeiten dieses Krieges mit Geld bezahlen wollte, dann müßten wir morgen Konkurs ansagen. Bei allem Wohlwollen für die Geschädigten geht der Antrag auch sachlich zu weit.

Nachdem Abg. **Waldstein** (Dem.) sich noch für den Antrag Becker-Hessen ausgesprochen hat, wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf über die weitere

Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung von 5000 auf 15 000 Mark.

Abg. **Schneider-Sachsen** berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Abg. **Hoch** (Soz.) begründet eingehend den Antrag Löbe. Hoch, die Grenze von 15 000 auf 25 000 Mark festzusetzen. Wenn man sich schon der Gerechtigkeit der Gründe auf Erhöhung von 5 zu 15 000 Mark nicht verschließen kann, dann muß man konsequent sein und seine Erkenntnis voll in die Tat umsetzen. Bei dem stark gesunkenen Geldwert ist es eine naturnotwendige Folge, daß die Versicherungsgrenze erhöht wird. Selbst die Erhöhung auf 25 000 Mark entspricht ja noch nicht der Geldentwertung, aber sie wirkt ihr wenigstens im Rahmen der Versicherungsgesetzgebung besser entgegen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Weinhausen** (Dem.) Wir sind gegen den sozialdemokratischen Antrag, den ich nicht anders als wahlagitatorisch bezeichnen kann. (Sehr richtig! bei den Dem.)

Die Abg. **Mumm** (Dn.) und **Most** (D. Vp.) wenden sich gegen den Antrag Hoch.

Reichsarbeitsminister **Schlicke**: Eine Verschmelzung der Angestellten- und Invalidenversicherung halte ich nicht für günstig. Derartig wichtige Gesetze können unmöglich im Handumdrehen erledigt werden.

Abg. **Hoch** (Soz.): Die Verschmelzung der Angestellten- und Invalidenversicherung ist aus Ersparnisrücksichten notwendig. Wir haben im Ausschuß keinerlei bindende Verpflichtungen mit anderen Parteien übernommen. Es wäre uns selbst lieber gewesen, wenn wir mit unseren Anträgen nicht erst heute hätten kommen müssen, aber wir hatten ja erst gestern Gelegenheit, wieder zusammen zu kommen; um eine Ueberrumpelung handelt es sich also wirklich nicht. Im übrigen betone ich, daß wir niemals erklärt haben, daß wir gegen eine Erhöhung der Gehaltsgrenze in der Angestelltenversicherung sind.

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags angenommen.

Es folgt dann die zweite Lesung des

Gesetzentwurfes auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Verbunden damit wird die Vorlage über die Stellung der Heeresjustitiare. Der Ausschuß hat an der Vorlage einige Aenderungen vorgenommen. Danach kann der Verletzte binnen einer Woche nach Zustellung gegen die Verfügung der Staatsanwaltschaft, durch welche die Strafsache der disziplinarischen Ahndung überwiesen wird, die Entscheidung des Gerichts anrufen. Bei Untersuchungshaft hat das Gericht nach vier Wochen zu prüfen, ob die Verhaftung aufrecht zu erhalten ist. In allen Fällen, in denen das Militärstrafgesetzbuch oder die die militärische Disziplinarstrafordnung strengen Arrest vorsieht, tritt an dessen Stelle die Strafe des mittleren Arrestes. Besondere Schöffengerichte, Strafkammern oder Strafsenate zur Aburteilung militärischer Straftaten dürfen nicht gebildet werden. Der Ausschuß ersucht die Reichsregierung, dahin zu wirken, daß die zu übernehmenden richterlichen Militärjustizbeamten tunlichst verteilt, jedenfalls nicht an dem für die Standorte der Reichswehr zuständigen Strafgerichten angesammelt werden.

Abg. **Schücking** (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß beantragt u. a. statt Heeresjustitiare zu sagen: **Heeresanwälte.**

Eine Geschäftsordnungsaussprache.

Um 8 Uhr abends stellt Präsident **Fehrenbach** fest, daß eine große Anzahl von Rednern gemeldet sind. Die Rechte hat angekündigt, daß sie auf Innehaltung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen dringen wird. Die dritte Lesung der Vorlage könnte daher erst am Freitag stattfinden. Es ist aber zu befürchten, daß dann wegen der schwierigen Heimreise am Sonnabend kein beschlußfähiges Haus mehr vorhanden sein wird. Das wäre dann das Ende der Nationalversammlung. Wollen Sie das riskieren?

Abg. **Löbe** (Soz.): Es handelt sich um eine außerordentlich wichtige Vorlage. Wir wollen alles tun, um die Nationalversammlung beschlußfähig zu erhalten. Gelingt das nicht, so trägt die Rechte dafür die Verantwortung.

Abg. v. **Gräfe** (Dn.): Gerade weil es sich um ein so wichtiges Gesetz handelt, können wir auf die Einhaltung der Fristen nicht verzichten.

Abg. v. **Payer** (Dem.): Es liegen hier höhere Interessen vor, und man sollte nicht alle Mittel der Geschäftsordnung ausnützen. Wir wollen weiter verhandeln.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Regierung mit den Ausschußbeschlüssen einverstanden.

Abg. v. **Gräfe** (Dn.): Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wird von den Militärsachverständigen aller Staaten abgelehnt und als verhängnisvoll bezeichnet. Wenn Sie (zur Mehrheit) heute die Militärgerichtsbarkeit aufheben, so würde es morgen heißen: „Es lebe die Militärgerichtsbarkeit!“ (Lebhafter Beifall rechts, Zischen bei der Mehrheit.)

Abg. **Stücklen** (Soz.): Es dürfte nicht nötig sein, allzuviel über dieses Gesetz zu sagen, denn längst hat das Volk erkannt, daß

die Militärgerichtsbarkeit das stärkste Ueberbleibsel des Militarismus

ist und längst hätte aufgelöst werden müssen. Die Petitionen, die dagegen auch von Soldaten eingebracht worden sind, sind nachweisenermaßen gemacht worden, zum Teil unter Vorspiegelung falscher Tatsachen. (Sehr richtig! links.) Es wurde gesagt, wir wollen das Militär unter ein bürgerliches Sondergericht stellen. — Gerade das Gegenteil, wir wollen das Militär der Sonderrechtsprechung entziehen, wir wollen die Soldaten schützen und die Offiziere behandeln wie jeden andern Bürger auch. Das ist auch einzig im Sinne der Verfassung. Die Militärgerichtsbarkeit hat nicht das Vertrauen der Mannschaft und hat es nie gehabt. Wie hat sie im Kriege gearbeitet? Tausende von Zuchthausjahren hat sie verhängt, sie hat die Gefängnisse, Zuchthäuser und Strafhäuser überfüllt — heute noch hat sie nicht weniger als 80 000 Fälle lagern (Lebhaftes Hört, hört!) und wenn diese Fälle alle noch abgewickelt werden sollen von den Militärgerichten, dann haben sie noch ein viel Jahre langes Leben. Denn das abwickeln kennen wir. Gegen den Versuch der Hinausziehung dieses Gesetzentwurfs durch die Rechte erheben wir schärfsten Protest. Die Herren von der Rechten müssen sich damit abfinden. Der alte Militarismus ist überwunden und auch sein letztes Ueberbleibsel muß endlich überwunden werden. (Lebhafter Beifall bei der Linken.)

Abg. **Meier** (Dem.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Stücklein an und wendet sich scharf gegen den Versuch der Rechten, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu hintertreiben. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Seger** (U. S.): Wir stimmen dem Abg. Stücklein bei, wenn er sagt, es muß auch der letzte Rest des Militarismus verschwinden. Wenn dies erreicht werden soll, dann muß aber der vorliegende Gesetzentwurf noch beträchtlich geändert werden. (Sehr richtig! bei den U. S.) Wir hoffen, daß Sie unseren diesbezüglichen Anträgen zustimmen, sowie auch der Aufhebung des § 7, der die Entscheidung über die Zuständigkeit den militärischen Disziplinarvorgesetzten zuerkennt. Auch der letzte Absatz des § 12, der gewissermaßen das Gesetz durch die militärische Dienstvorschrift beherrschen läßt, muß gestrichen werden. (Beifall b. d. Soz.)

Ein Regierungsvertreter stellt fest, daß der § 1 nur gestrichen werden kann, wenn die Verfassung selbst geändert wird. Die Aufnahme eines Militärvertreters neben dem bürgerlichen Staatsanwalt sei nach reiflicher Ueberlegung geschehen.

Die unabhängigen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag Kahrstein-Meißner auf Streichung des § 10, der die höhere Kommandobehörde des Beschuldigten zur Einsetzung von Ueberwachungskommissaren ermächtigt.

Unter Ablehnung der Anträge der Rechten wird die zweite Lesung des Gesetzentwurfes beendet.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Stellung der Heeresjustitiare und der Sekretäre.

Unter Annahme des Antrags auf Abänderung der Bezeichnung Justitiare in Anwälte wird die zweite Lesung ohne Aussprache verabschiedet.

Hierauf wird eine große Anzahl von Petitionen erledigt.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag, 10 Uhr: Interpellationen, darunter eine sozialdemokratische über die Verwendung der schwarzen Truppen, Ausschußbericht über die Strafverfolgung des Abg. Braß, verschiedene Gesetzentwürfe. — Schluß 10¼ Uhr.

Denkt daran

daß zum erfolgreichen Wahlkampf ungeheure Geldmittel notwendig sind.

Vergeßt nicht

daß das Großkapital die Wahlschlacht mit der Macht des Geldes gewinnen will. Nur

die größte Opferfreudigkeit

aller Gesinnungsfreunde und Genossen wird den Wahlsieg fördern. Deshalb:

Stärkt den Wahlfonds unserer Partei!

Berlin, 20. Mai. Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten und macht Mitteilung mehrerer Gesetzesvorlagen.

Abg. Frau **Rochl** (Soz.): Der Interpellation haben sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen angeschlossen. (Lebhaftes hört, hört!) In einer Zeit, wo wir in Frieden aufatmen zu können meinten, muß uns die Verwendung schwarzer Truppen aufs tiefste empören. Wir wenden uns nicht gegen die schwarzen Menschen als solche. Aber die entsetzlichen, traurigen und schauderhaften Vorkommnisse, die zu unserer Kenntnis gekommen sind, zwingen uns dazu. Sie sind so gräßlich, daß man sich sträubt darüber nachzudenken und nur ungern davon spricht. Selbst Schulmädchen die in Begleitung ihrer Lehrerinnen Ausflüge machten, mußten vor Marokkanern, die sie zu überfallen drohten, flüchten. Frankreich und Belgien sind und bleiben dafür die Schuldigen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir richten den dringenden Appell an die Regierung, alles zu tun, um die betreffenden Länder von dieser Gefahr zu befreien. Und wir wenden uns an die Frauen aller Kulturländer, daß sie uns unterstützen gegen die kulturwidrige Verwendung dieser farbigen Truppen. (Lebhafter Beifall.)

Reichsminister **Dr. Köster**: Bis gestern abend waren keine Nachrichten eingelaufen von irgendeiner Zurückziehung farbiger französischer Truppen. (Hört, hört!) Wir wollen nicht in eine Rassenhetze eintreten. Aber die Verpflanzung von 50 000 Farbigen in das Herz Europas ist ein Verbrechen. Wir wollen uns an den Völkerbund wenden, damit der moralische Druck der ganzen Welt einsetzt. Den Brüdern im Westen wollen wir sagen, daß wir mit ihnen leiden und ihre Befreiung hoffen. (Beifall.)

Abg. **Frau Zietz** (U. S.): Alle brutalen Instinkte entstammen nur dem Militarismus, der überhaupt beseitigt werden muß. Ich mache darauf aufmerksam, die Interpellanten haben kein Wort gegen die unsittlichen Roheiten, die gegen deutsche Frauen durch deutsche Soldaten begangen sind. Auch in Rußland, Belgien usw. haben deutsche Soldaten solche Scheußlichkeiten begangen. (Sturmunterbrechungen; andauernde große Entrüstung; Rufe: Pfui Teufel!) Mit diesem Zurufen heißen Sie die Freveltaten der deutschen Soldaten gut. (Erneuter Lärm; stürm. Schlußrufe: Die Rechte, das Zentrum, die Demokraten und ein Teil der Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Es ist nur ein Rassenkampf gegen die Schwarzen, den wir mitmachen.

Abg. **Frau Mende** (D. Vpt.): Für die Vergewaltiger seiner Kinder kann niemand einen Funken Liebe empfinden. Vielleicht nützt noch, sich an den Papst zu wenden.

Abg. **Lavergne** (Dem.) begründet eine Interpellation betreffend Maßnahmen der

internationalen Schleswig-Kommission,

die von allen Fraktionen außer den Unabhängigen und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnet ist und sich wegen der Erlassung dänischer Gesetze und Einführung der Kronenwährung in der ersten Abstimmungszone beschwert. Da die Grenze noch nicht festgesetzt sei, seien besonders in der zweiten Zone die schwersten Schädigungen entstanden.

Reichsminister **Dr. Köster**: Die Schritte der dänischen Regierung sind weder mit dem Geiste noch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages vereinbart. Aber ganz Deutschland wird nicht ruhen, bis alle unzweifelhaft deutschen Landesteile wieder mit uns vereinigt sind. (Beifall.)

Abg. **Pohlmann** (Dem.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen betreffend die Rechte der deutsch sprechenden Bevölkerung

in den an Polen abgetretenen Gebiete.

Diese Rechte würden andauernd aufs schwerste verletzt.

Reichsminister **Dr. Köster**: Die Reichsregierung wird, wie bisher, in der polnischen Frage das klare Recht des deutschen Volkes zu wahren suchen, insbesondere auch durch mündlichen Verhandlungen mit der Entente.

Des Ernstes der Lage in Oberschlesien sind wir uns voll bewußt. In Paris, London und Rom haben wir die Sachlage bekanntgegeben. Wir sind bemüht, durch Verhandlungen die Wiederaufnahme einer geordneten Rechtspflege in Oberschlesien zu ermöglichen.

Abg. **Frau Schmidt** (Ztr.) begründet eine Interpellation aller Fraktionen betreffend die Zustände in den Kreisen Eupen, Malmedy usw.

Reichsminister **Dr. Köster**: Bei den Verhandlungen in der belgischen Kammer war immer die Rede von einer Wiedervereinigung der Kreise mit Belgien. Die Kreise haben niemals zu Belgien gehört. Die Regierung hat einwandfreies Material dafür, daß die belgische Regierung die freie Abstimmung sabotiert. Wir haben bei der belgischen Regierung, der Friedenskonferenz und dem Völkerbund protestiert.

Es folgt die Interpellation der Abg. **Schulz-Bromberg** und Gen. (Dn.) betreffend die Feier des 1. Mai und die Erteilung von Urlaub an Arbeiter und Beamte in den Staatsbetrieben am 1. Mai.

Reichsarbeitsminister **Schlicke** erklärt, die Interpellation innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen.

Abg. **Schulz-Bromberg** (Dn.): Dann hat die Regierung ein schlechtes Gewissen und will sich vor der Beantwortung drücken. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, für die Aufrechterhaltung der Arbeit am 1. Mai zu sorgen. (Lärm bei den Soz. und Unabh.)

Präsident **Fehrenbach**: Diese Ausführungen sind geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig.

Abg. **Dr. Leppelmann** (D. Vpt.) stimmt dem Abgeordneten Schulz zu.

Abg. **Henke** (U. S.) begründet einen gestern eingebrachten Antrag Geyer-Leipzig betreffend Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Teilen des Reiches.

Abg. **Löbe** (Soz.) wird mit einem großen Teile seiner Freunde für den Antrag stimmen.

Reichsminister des Innern **Koch**: Es ist nicht angängig, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahl gesichert werden muß. Doch soll geprüft werden, wie weit eine Milderung möglich ist.

Abg. **Gissing** (Ztr.) ist gegen den Antrag.

Abg. **Schulze-Gävernitz** stimmt dem Minister bei.

Der Antrag wird mit den Stimmen der stark besetzten sozialdemokratischen Partei angenommen.

Es wird dann abgestimmt über den Antrag des Ausschusses, die nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen den Abgeordneten Braß nicht zu erteilen. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Bei Hammelsprung ergibt sich bei 207 Stimmen die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung um 2½ Uhr.

*

Präsident **Fehrenbach** eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Erledigt werden Gesetzentwürfe betreffend Erweiterung Verordnung über militärische Amnestie, betreffend Entschädigungsansprüche verhafteter oder verurteilter Elsaß-Lothringer, betreffend die Erteilung einer Kreditermächtigung, betreffend Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Costarica, betreffend patentamtliche Gebühren in allen drei Lesungen.

Der Gesetzentwurf über den Personenstand wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. Der Einspruch des Reichsrats gegen die Einstellung von 500 000 Mark zur Errichtung einer wissenschaftlichen Abteilung für Volksbildung an der Universität Frankfurt am Main wird dem Verfassungsausschuß übermiesen.

Erledigt in zweiter und dritter Lesung werden die Reichshaushaltsrechnungen 1916 und 1917 und die Berichte der Reichsschuldenkommission, ferner der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Heraufsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung und der Bericht desselben Ausschusses über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend das Abkommen mit der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Abg. **Henke** (U. S.) wünscht Anknüpfung sofortiger Beziehungen zu Sowjetrußland.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Das Auswärtige Amt möge alles versuchen, daß wir mit Sowjetrußland in ein klares und erträgliches Verhältnis kommen.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen. Ebenso dasjenige über den gegenseitigen Gefangenenaustausch mit der lettischen Republik.

Nächste Sitzung morgen 9½ Uhr vormittag: Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und anderes.

Schluß nach 3 Uhr.

Männer — schützt Euch durch

Viro vor geschlechtlicher Ansteckung. Schachtel für 6 mal. Gebrauch 2.50 Mk. Verkaufs- und Versandstelle: C. Klappenbach, Gummiwaren, Halle S., Gr. Ulrichstr. 41. Fernr. 5653.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200521-11/fragment/page=0003

Notizen.

Helgolands Schleifung vollendet.

Aus London wird gemeldet, daß die Schleifung der Festungswerke von Helgoland in den nächsten Tagen vollkommen beendet sein wird. Sämtliche eingebauten Geschütze und Festungswerke sind vollständig zerstört worden. Die Schleifungsarbeiten wurden durch deutsche Arbeiter unter englischer Oberaufsicht durchgeführt.

---

550 Prozent Kommunalsteuern in Danzig. Der Danziger Magistrat hat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen zu lassen, in der für das Haushaltsjahr 1920 die Festsetzung eines Gemeindeeinkommensteuerzuschusses von 550 Prozent beantragt wird.

Zahlung der Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste. Da die Arbeiten zur Frühjahrsbestellung vielfach die Ablieferung von Brotgetreide und Gerste stark beeinträchtigt haben, ist, wie die „P. P. N." hören, der Zeitraum für die Zahlung der Höchstprämien von 300 Mk. für die Tonne Brotgetreide und Gerste bis zum 15. Juni 1920 **verlängert worden.** Die Senkung der Prämien um 100 Mk., also auf 200 Mk. für die Tonne, tritt erst nach dem 15. Juni ein. Im übrigen ist die Höchstprämie von 300 Mk. auch nach dem 15. Juni noch zu gewähren, wenn die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig hat erfolgen können.

Zurückziehung der schwarzen Truppen. Die neue „Badische Landeszeitung" erfährt aus Basel, daß anläßlich einer Unterredung von Millerand, Marschall Foch und dem Präsidenten der Saarregierung die Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem besetzten Gebiet erörtert wurde. Es wird versichert, daß eine allmähliche Ersetzung der marokanischen Truppen durch weiße französische Streitkräfte überall in der besetzten Zone, einschließlich des Saargebietes erfolgen soll.

Französische Verurteilungen in der Pfalz. Wie der „Landauer Anzeiger" meldet, hat das französische Oberpolizeigericht unter Vorsitz des Majors Chio 13 Personen wegen kleiner Vergehen zu teilweise recht erheblichen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Es handelt sich um Leute, die nicht im Besitz einer Identitätskarte waren, die die Preise in Wirtschaften nicht öffentlich bekanntgegeben hatten oder bei denen harmlose Waffen gefunden waren.

Zur Streiklage in Frankreich. Die Tendenz zur Wiederaufnahme der Arbeit verstärkt sich. Aus allen Teilen des Landes, so namentlich aus Marseille und aus der Gegend von Nizza sowie aus den Ardennen, laufen Nachrichten ein, daß die Arbeiter wieder in die Werkstätten zurückkehren. Die Gasproduktion in Paris steigt, und wenn auch ein Teilstreik weiter andauern sollte, so genügt die Menge des erzeugten Gases für die Bevölkerung. Ueber Paris fliegen Flugzeuge, die Zettel abwerfen, in denen zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert wird.

Die Treue der Wallonen. Das „Kölner Tageblatt" erhält im Anschluß an die Versammlung der Landsleute von Eupen, Malmedy und Monschau in Groß-Köln folgende Zuschrift: „Die am Sonnabend abend in der Versammlung in stattlicher Anzahl anwesenden Deutschen mit wallonischer Muttersprache erklären ausdrücklich, deutsch zu sein und zu denken und auch deutsch bleiben zu wollen, komme was da wolle. Unser Kreis Malmedy und die wallonischen Dörfer sind stets treu deutsch gewesen, wenn sie auch unsere wallonische Muttersprache in Ehren halten."

Ein sozialdemokratischer Parteisekretär von Großpolen ermordet. Der „Volkswille" in Gleiwitz meldet unterm 18. d. M. aus Altdorf im Kreise Pleß: Gestern abend wurde der sozialdemokratische Parteisekretär Kroszek durch Revolverschüsse so schwer verletzt, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Mord ist von großpolnischer Seite aus verübt worden.

Durazzo von den Italienern besetzt. Die italienischen Truppen haben Durazzo zeitweilig besetzt. Es handelt sich um eine Vergeltungsmaßnahme wegen der Ermordung italienischer Soldaten, die das italienische Kommando veranlaßt hatten, der Regierung in Durazzo ein Ultimatum zu stellen. Da die gestellten Bedingungen nicht erfüllt wurden, erfolgte die Besetzung.

Das Lied von der Marmelade ist aus. Mit Genehmigung der zuständigen Regierungsstellen ist die Marmeladenzwangswirtschaft in der Weise aufgehoben worden, daß den Fabriken die Herstellung und der Absatz von Marmelade vollständig freigegeben werden. Die bestehenden Höchstpreise sind aufgehoben worden. Die Reichsgesellschaft für Obstkonserven und Marmelade m. b. H. wird für den Rest des laufenden Wirtschaftsjahres nur noch den Zucker an die Marmeladenfabriken verteilen und eine Kontrolle über die Verwendung des Zuckers ausüben. Ueber die Zusammensetzung der Marmelade und über den Zuckergehalt sind keine Vorschriften erlassen worden.

Parteinachrichten.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen

beruft auf den 25. und 26. Mai eine Sitzung ihres Hauptausschusses aus dem Reiche zusammen. Die Tagung beginnt am 25. Mai nachmittags 5 Uhr im Jugendheim Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Der erste Tag ist in Fragen der Organisation und der Wahlarbeit vorbehalten. Am zweiten Tage sollen die Richtlinien für die Vertreter des sozialdemokratischen Schulprogramms auf der Reichsschulkonferenz beraten werden. Es wäre erwünscht, wenn sich an diesen Beratungen auch die übrigen von der Partei berufenen Teilnehmer an der Reichsschulkonferenz beteiligen würden.

An die geistigen Arbeiterinnen, an die Künstlerinnen und Gelehrten, an die Schriftstellerinnen und Musikerinnen, an die Lehrerinnen, Beamtinnen und an die Hausfrauen und Mütter wenden sich Flugblätter, die der Parteivorstand zur Wahlagitation herausgegeben hat. Diese Flugblätter und sonstiges Wahlmaterial können die Parteiorganisationen durch ihr zuständiges Bezirkssekretariat beziehen.

Literatur.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 8. Heft **vom 2. Band** des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die gegenwärtige Lage der deutschen Eisenindustrie. Von Artur Beyer. — Die ägyptische Frage. Von Dr. Friedrich Schrader. — Die französischen Sozialisten und die deutsche Republik. Von P. Riebke. — Die Reichsschulgesetzgebung. Referat für die Reichsschulkonferenz. Von Dr. Max Quarck, Mitglied der Nationalversammlung. — Geistiges Manko! Von W. Birnbaum (Oberschöneweide). — Literarische Rundschau: Paul Kammerer, Lebensbeherrschung. Grundsteinlegung zu einer organischen Technik. Von Irma Hift. Skizzenbücher. Von Kl. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 75 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Zur Entgegennahme von Todesanzeigen sind die Büros am 24. Mai 1920 (Pfingstmontag) vormittags von 8½ bis 9½ Uhr, geöffnet.

Halle, den 21. Mai 1920. **Die Standesämter.**

Herstellung von Kuchen in Bäckereien.

Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Oktober 1919 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weißbrot gewerblich hergestellt oder feilgeboten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt noch feilgehalten werden; lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben gestattet.

Mehrfache Verstöße gegen diese Bestimmung geben uns Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen, Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft; auch kann neben der Strafe die Schließung der betr. Geschäfte angeordnet werden.

Halle, den 19. Mai 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Städt. Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 29 501—32 000 vorm. von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Versorgung mit Kartoffeln. In der Woche vom 24. bis 30. Mai können auf die Marke 39 der grauen Kartoffelkarte vier Pfund Auslandskartoffeln gekauft werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Auslandskartoffeln beträgt 45 Pfg. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 27. Mai, abzuliefern.

Weizenmehl. In der Woche vom 24. bis 30. Mai gelangt bei den Bäckern, Mehlkleinhändlern und Konsumvereinen an die Kartoffelversorgungsberechtigten ½ Pfund Weizenmehl auf die Marke 40 der zurzeit gültigen Kartoffelkarte zum Verkauf. Der Preis für ½ Pfund Weizenmehl ist auf 70 Pfg. festgesetzt. Der Verkauf des Mehles darf nur unter Abtrennung der Marke 40 und gleichzeitiger Eintragung des Verkaufes in die mit vorzulegende „rote Ausweiskarte über Kartoffeleinkäufe" erfolgen. Die Ablieferung der Kartoffelkartenabschnitte erfolgt gleichzeitig mit den Brotmarken, spätestens am Montag, den 31. Mai, in der Abrechnungsstelle für Brotmarken im Roten Turm.

Städtischer Verkauf von Weizenmehl an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule am Sonnabend, den 22. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der gelb umränderten Lebensmittelscheine mit den Nummern 78 501 bis 84 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für jede zum Haushalt gehörige Person wird gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ½ Pfund Weizenmehl zum Preise von 35 Pfg. abgegeben. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 24. bis 30. Mai gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mk. (sechs Mark) abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 1. Juni, dem Stadternährungsamt, Abteilung 2, einzureichen.

Vorkondensierte Milch. Für die Woche vom 24. bis 30. Mai wird auf den Abschnitt 527 des Warenbezugsscheines Nr. 30 an jeden Haushalt 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt bereits vom Sonnabend dieser Woche an bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Abschnitte des Warenbezugscheines sind zu Hunderten gebündelt in besonderm Umschlage bis spätestens Dienstag, den 1. Juni, dem Stadternährungsamt, Abteilung 2, einzureichen.

Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahr wird für die Woche vom 24. bis 30. Mai auf den Abschnitt 37 des Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfund vorkondensierte Milch zum Preise von 6 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 1. Juni, dem Stadternährungsamt, Abteilung 2, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Kerzen in der Talamtschule am Sonnabend, den 22. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 78 501 bis 84 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Es werden an diejenigen Haushalte, welche in ihrer Wohnung keine elektrische Lichtanlage haben, zwei Kerzen zum Preise von 80 Pfg. für das Stück, abgegeben. Der Lebensmittelschein, in dem die Abgabe der Kerzen vermerkt wird, ist vorzulegen. Für Unregelmäßigkeiten beim Bezuge gelten die gesetzlichen Strafbestimmungen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr, ausstellen lassen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Walhalla-Operettentheater.
Heute Freitag, Sonnabend und an allen Feiertagen 7½:
Czardasfürstin.
Schluss der Spielzeit Dienstag, den 25. Mai!
Kasse v. 10-1½ u. ab 5.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 22. Mai, Anf. 7½, Ed. g. 9½ Uhr: **Tartüff.**
Sonntag nachm.: **Helden.**
Sonntag abend: **Der Bettelstudent.**
Montag nachm.: **Heimat.**
Montag abend: **Carmen.**

Wittenberg.
Gesellige Zusammenkunft und Mitgliederversammlung.
Am 3. **Feiertag, den 27. Mai,** findet eine zwanglose Zusammenkunft im Parteilokal „Bürgergarten" statt, wozu alle Parteigenossen mit Angehörigen eingeladen sind.
Am 28. Mai, abends 7½ Uhr, findet eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Erscheinen aller erwünscht.
Der Vorstand.
J. A.: Knöfler.

Strickwolle,
gute Qualität, empfiehlt an Wiederverkäufer
Paul Lange, Merseburgerstr. 168.

Den wirklich echten
Nordhäuser Kautabak
bekommen Sie stets täglich frisch eintreffend im
Zigarrenversandhaus **Emil Friedrich,**
Friesenstrasse 22.

Bruchbänder, Geradehalter, Vorfallbandagen, Suspensorien,
Wandernierenbandagen,
Nabelbruchbänder, Gummistrümpfe,
Plattfusseinlagen, Leibbinden
und sämtliche Artikel zur
Kranken- u. Wöchnerinnenpflege
Reparaturen aller Art in kürzester Zeit.
Speer, Halle, Gr. Ulrichstr. 63 gegenüber Arnold & Troitzsch Fernsprech. 4599.
Krankenkassenlieferant.

Grossen Posten
echten Nordh. Kautabak
Knoten, Mittel- und schwache Rollen (an Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen). sowie die bekannten
Zigaretten
Chesterfield, Nebo, Happy Hit, T. u. B., Columbia usw.
K-C-Zigarette, grosses, dickes Format.
A. M. Berndt, vorm. K. Gimpel
Alte Promenade 6.
Nicht mit Neue Promenade zu verwechseln.

Lesen Sie
die wieder neu eingetroffenen **Broschüren:**
Stampfer, Von Versailles zum Frieden Mk. 4.80. zuzügl. Porto Mk. —.40
Conrady, Anfänge der Demokratie in England Mk. 4.80, zuzügl. Porto Mk. —.20
Engels, Kommunismus und Bakunismus Mk. 2.20, zuzügl. Porto Mk. —.10
Heinig, Die grosse Ausrede von der erdolchten Front Mk. 2.40 zuzügl. Porto Mk. —.20,
Prof. Im. Hermann, Das neue Vaterunser, kein hilfloses Gebet, sondern Vorsatz zur tätigen Arbeit. Mk. 1.50 zuzügl. Porto Mk. —.10,
Umbreit, Das Betriebsrätegesetz Mk. 2.50 zuzügl. Porto Mk. —.20,
Lohmann, Die Arbeit im Elternbeirat Mk. 1.80 zuzügl. Porto Mk. —.10.
Voreinsendung des Betrages zuzüglich Porto ist wegen der Ersparnis an Nachnahmegebühren zu empfehlen.
Buchhandlung Verlag der Volksstimme,
G. m. b. H., Gr. Ulrichstr. 27.
Bestellungen nehmen auch alle Austräger unserer Zeitung entgegen.

Zu verkaufen
Gebrauchte
Pianinos
in vorzüglicher Beschaffenheit von **Mk. 4000** an hat vorrätig.
B. Döll,
Gr. Ulrichstraße 33/34.

Herren- u. Damen-Fahrrad
mit neuem Gummi (Friedensqualität) billig zu verkaufen.
H. Bieder, Gr. Steinstr. 35.

Verloren
Ein Tachometer
(Fabr. Guggenheimer Nr. 5790) bis 4000 Uml. abhanden gek. Vor Ankauf wird gewarnt.
Reinhard Lindner,
Riebeckplatz 2.

Vermischtes

Dauerhafte
Portemonnaies
in prima Leder u. jeder Ausführung
H. Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Alpengras,
Sprungfedern,
verkupfert,
geben jedes Quantum preiswert ab
Wünsch & Kaps,
Ludwig-Wuchererstr. 1 a.

O. Heimsath & Sohn
Schneidermeister, Steg 19
empfiehlt sich zu
allen vorkommenden Arbeiten.

Verreist bis
5. Juni
Dr. Walther
Ohren-, Nasen- u. Halsarzt

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der
Dampf-Waschanstalt Halloria
Spezialität: Naß- u. Rollwäsche nach Gewicht.
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt.
Fernsprecher 5692.

Nur 3 Tage!
Billiges
Maschinengarn
Rolle 4 Mk.
Wünsch & Kaps,
L.-Wuchererstr. 1a.

Apollo-Theater
Anfang täglich 8 Uhr:
Der große Lachschlager:
Fliegentütenheinrichs Hochzeit
mit **Paul Beckers.**

Für alle Eltern und Erzieher
empfehlen wir:
Die Halbmonatsschrift für Eltern, Lehrer und Behörden
„Der Elternbeirat"
Herausgegeben von E. Wille.
Einzeln Heft Mk. 1.10
Pro Quartal Mk. 5.50
Zu beziehen durch alle **Austräger** und direkt vom **Verlag der Volksstimme,** Große Ulrichstraße 27.

Ich bin zum
Notar
ernannt.
Dr. Albert Müller,
Rechtsanwalt und Notar.
Halle a. S., Rathausstr. 10, I.

Bitterfeld

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 38 des Lebensmittelscheines kann in den Butterverkaufsstellen 1 Käse zum Preise von 98 Pfg. entnommen werden.

Abschnitt 34 verliert gleichzeitig seine Gültigkeit.

Bitterfeld, den 20. Mai 1920.

Der Magistrat, Richter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200521-11/fragment/page=0004

Nachklänge zur Besoldungsreform.

Von Paul Dürrfeld.

Mit der Verabschiedung des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 hat die Nationalversammlung kurz vor ihrem Auseinandergehen noch eine Tat von höchster sozialer Bedeutung verrichtet. Bleiben auch zahlreiche Wünsche unerfüllt, so muß man doch, wenn man das Gesetz als Ganzes betrachtet, anerkennen, daß der Gedanke der sozialen Tat hier in ganz anderer Weise Anwendung gefunden hat, als in früheren Zeiten möglich oder nur denkbar erschien.

Es soll jedoch durchaus nicht verschwiegen werden, daß noch manche unerfüllte Wünsche vorhanden sind, deren Realisierung dringend erforderlich ist. Sehr zu bedauern ist z. B., daß infolge der Kürze der zur Beratung zur Verfügung stehenden Zeit es nicht möglich war, die offenbar nicht immer richtige Einreihung der einzelnen Beamtenklassen zu berichtigen; die Mehrzahl der der Nationalversammlung vorgelegten Petitionen ging meines Wissens in dieser Richtung. Auch die gleiche Bemessung der Teuerungszulagen für alle Beamte, die namentlich seitens der unteren Beamten stürmisch gefordert wurde, ist nicht erfolgt. Sehr zu bedauern ist hier, daß es auch nicht gelungen ist, die prozentualen Teuerungszulagen nach oben etwas abzubauen; dies hätte die geringer besoldeten Beamten über viele sonstige Mängel hinwegsehen lassen. Indes: Art und Höhe dieser Bezüge sind nicht durch das Gesetz festgelegt; sie werden durch den Haushaltplan angefordert. Ihre Aenderung ist also leichter als sonst möglich. Recht rückständig ist auch noch das System der Ortszulagen; hier hat man nur einen anderen Namen gewählt und die Bezüge erhöht — sonst ist man vom alten Prinzip nur insoweit abgewichen, als diese Zulagen nicht mehr nach Rangklassen, sondern nach der Höhe der Grundgehälter abgestuft sind. Im Grunde genommen ist hier also so ziemlich alles beim alten geblieben, wenn man auch eine kleine Verbesserung zugunsten der unteren Klassen zugeben kann.

Einzig bei den Kinderzulagen ist eine Gleichheit geschaffen worden. Man ist hier zwei Richtungen in der Beamtenschaft, die sich schroff gegenüberstanden, entgegengekommen. Bekanntlich sind heute noch in dieser Frage die Ansichten der Beamtenschaft gespalten. Lehnt die eine Seite die Kinderzulagen in Verbindung mit den Gehaltsbezügen überhaupt ab und will sie die Berücksichtigung der kinderreichen Familien auf andere Weise erreichen (wie, kann hier unerörtert bleiben), so verlangt die andere Seite scharf die Altmentierung. Beide Richtungen scheinen heute gleich stark zu sein, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß die letztere in jüngster Zeit etwas zugenommen zu haben scheint, was ich, persönlich gesagt, bedauere. Der letztgenannten Richtung ist man also entgegengekommen damit, daß man überhaupt Kinderzulagen gibt. Den Verneinern der Zweckmäßigkeit dieser Zulagen macht man die Sache etwas schmackhafter dadurch, daß man sie ziemlich niedrig gehalten hat — 40, 50 und 60 Mk. monatlich, nämlich in drei Stufen: bis 6 Jahre, über 6—14 Jahre und über 14—21 Jahre; letztere aber nur insoweit, als sie in Berufsvorbereitung sind und kein wesentliches Einkommen haben. Im übrigen sind sie aber für alle Gehaltsklassen gleich und das kann einigermaßen mit ihnen aussöhnen.

Die nach Ansicht der meisten Beamten falsche Klasseneinteilung ließ sich also, wie gesagt, nicht mehr ändern. Da war es dann von der allergrößten Bedeutung, daß es gelungen ist, durch den Antrag Rab-Remmers wenigstens eine wesentliche Erhöhung der Grundgehälter in den unteren sieben Klassen zu erreichen. Wären die Forderungen der Heißsporne eines Teiles der Verkehrsbeamten — sie arbeiteten mit Ultimaten, Streikandrohung und Ablehnung der Verreichlichung der Eisenbahnen — nach Heraufsetzung der gesamten Verkehrsbeamten um eine Klasse erfüllt worden, so wurde sicher an den Grundgehältern nichts geändert. Die Folge wäre aber ein gehässiger Kampf in der Gesamtbeamtenschaft gewesen, und es wäre auch zweifellos für diese Verkehrsbeamten eine Erhöhung der Bezüge eingetreten, die jedoch in den unteren Klassen 300 Mk., in den mittleren 600 bis 800 Mk., in den höheren aber 1300 bis 2000 Mark betragen hätte, wozu noch die Hälfte Teuerungszulagen gekommen wären. Also eine ganz ungerechtfertigte Besserstellung der höheren Gehaltsklassen. Dazu konnten sich Führer, die ihre Verantwortung kannten und es ernst mit der Interessenvertretung nahmen nicht hergeben und sie haben diese Forderung nicht unterstützt. Dafür ist nunmehr erreicht eine Gehaltsaufbesserung in den unteren Gruppen um 800 Mk., in den mittleren um 400 bis 600 Mk. und in den höheren um 200 Mk. nebst Teuerungszulagen, also das gerade Gegenteil dessen, was geschehen wäre, wenn man den Fanatikern von der anderen Seite Folge geleistet hätte. Die Beamtenschaft schuldet den Männern, die das herbeigeführt haben, den allergrößten Dank und wird sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß dieser Weg der allein richtige gewesen ist.

Betrachtet man die Sache klaren Blickes und vorurteilslos, so muß man doch zugeben, daß nicht die Einreihung das entscheidende Moment ist, sondern einzig und allein die Bemessung des Einkommens. Das schließt natürlich nicht aus, daß bei der Einreihung vorgekommene Fehler noch ausgemerzt werden müssen. Und der Kampf darum wird und muß weitergeführt werden. Aussicht auf Erfolg in dieser Hinsicht bietet der § 32 des Gesetzes, der bestimmt, daß die Ortsklasseneinteilung, sowie die Besoldungsordnung überhaupt, bis Ende Oktober d. Js., und zwar mit der Kraft der Rückwirkung vom 1. April d. Js. ab nachgeprüft werden müssen.

Betrachtet man also alles in allem, so muß offen zugegeben werden, daß mit der Verabschiedung des Gesetzes eine Tat von höchster sozialer Tragweite geschehen ist. Vorgekommene Fehler können in Kürze beseitigt werden. Falsch von der Beamtenschaft wäre es, sich von unverantwortlichen Leuten die Verbesserungen, die namentlich von ihren Organisationsführern erreicht wurden, verekeln zu lassen, weil nicht alle Forderungen erfüllt worden sind.

Partei-Angelegenheiten.

Schriftgewandte Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich im Parteibüro zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Wahlleitung.

Verein Arbeiterjugend. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, ist ein interessanter Lichtbildervortrag des Gen. Görsch. Die Jugendgenossen und -genossinnen werden gebeten recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 21. Mai 1920.

Die „Mitarbeit" der Kommunisten am Aufbau Deutschlands

Die K. P. D. hat bekanntlich Listen zur Reichstagswahl aufgestellt und sich dadurch den Haß ihrer Brüder von ganz links zugezogen. K. P. D. und K. A. P. D. bewerfen sich mit den lieblichsten Kosenamen, die man sonst nur gegen die dreimal † Mehrheitssozialisten anwandte.

Will nun die K. P. D. im Reichstage mitarbeiten zum Wohle des Volkes? Ist diese Richtung der Kommunisten vernünftig geworden? Wer das glaubt, kennt die kommunistische Logik nicht. Ja, sie wollen mitarbeiten und zwar mit den Parteien, die bisher für die Umgestaltung des neuen Deutschlands noch keinen Finger rührten, deren „Mitarbeit" nur darin bestand, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeit des Parlaments — des Volksparlaments — zu sabotieren. Diesen wahren „Volksfreunden" in den „Volks"-Parteien werden sich

Beamte und Beamtinnen

Heute, Freitag, abend 8 Uhr findet im „Neumarkt-Schützenhaus" eine große öffentliche

Beamtenversammlung

statt. Das Mitglied des Beamten-Reichsbeirates, Oberpostassistent Genosse Gronefeld-Berlin und der Eisenbahnoberassistent Genosse Kunzemann-Halle werden über die

Bedeutung der Reichstagswahlen für die Beamten

sprechen.

die neuen Beglücker des Proletariats anschließen in dem sicheren Bewußtsein, daß ihre schönen Seelen würdevoll zusammenpassen.

Wer über die Art der kommunistischen Parlamentsaufgaben noch nicht unterrichtet ist, dem sei ein Ausspruch des K. P. D.-Anhängers Eberlein-Berlin aus einer Kommunisten-Versammlung vom letzten Mittwoch in Halle mitgeteilt: Die einzige Aufgabe der gewählten Kandidaten der K. P. D. müsse darin bestehen, die Arbeiten des Reichstages nach Möglichkeit zu verhindern. Wer also will, daß Deutschland nie wieder aus dem Elend des Krieges herauskommen soll, wer die Absicht hat, den letzten Rest unserer Volks- und Wirtschaftskraft mit zerstören zu helfen — der wähle die K. P. D.

Wo Arbeiter aber noch ein Fünkchen gesundes Denkvermögen besitzen, da werden sie diese sonderbaren Heiligen, deren einzige Arbeit die Zerstörung ist, gründlich heimleuchten.

Die Wahlvorschläge für unsern Wahlkreis.

Der Wahlausschuß für den 12. Wahlkreis prüfte am Dienstag die eingegangenen Wahlvorschläge. Für gültig wurden erklärt die Wahlvorschläge: 1. Kunert (Unabhängige sozialdemokratische Partei), 2. Krüger (Sozialdemokratische Partei), 3. Dr. Cremer (Deutsche Volkspartei), 4. Delius (Deutsche demokratische Partei), 5. Spleth (Zentrum), 6. Hemeter (Deutschnationale Volkspartei) und 7. Schumann (Kommunistische Partei, Spartakusbund). Nicht zugelassen werden konnte der Wahlvorschlag der Polen (Zietowski). Angemeldet, aber nicht eingegangen war ein Wahlvorschlag einer Deutsch-sozialen Partei.

Zur Reichstagswahl

Die Wahlleitung der Sozialdemokratischen Partei für Halle und die Landorte des Saalkreises, die dem hiesigen Sozialdemokratischen Ortsverein zur Agitation angegliedert sind, befindet sich **Große Ulrichstraße 27,** I. Etage, Fernsprecher 5407. Dorthin, an die Adresse des Vorsitzenden, sind alle die Wahl betreffenden Anfragen und Mitteilungen zu richten. Zu persönlicher Rücksprache ist das Büro von 9 bis 12 Uhr morgens und von 3 bis 6 Uhr nachm. geöffnet. Für die Kassengeschäfte ist die Adresse: Willy Herzig, Harz 42/44, Zimmer 12 (Parteibüro der alten Sozialdemokratischen Partei).

Ein Mordprozeß

wurde am vergangenen Dienstag, am dritten Verhandlungstage zu Ende geführt. In einer Kohlenhalde auf der Zscherndorfer Flur wurde am 28. November 1919 die Lehm und Asche bedeckte Leiche eines Mannes gefunden. Der Gemeindevorsteher von Zscherndorf erinnerte sich nur, daß seit mehreren Wochen der Gastwirt Gotthilf Hüttenrauch in Holzweißig bei Bitterfeld vermißt wurde, er telephonierte daher an die Ehefrau des Verschwundenen, die denn auch mit den drei anderen angeklagten Personen erschien; alle vier behaupteten aber, die Leiche sei nicht die des vermißten Gastwirts. Als die Leiche dann gründlich gereinigt worden war, wurde sie doch als die des vermißten Gastwirts Hüttenrauch erkannt. Das Verhalten des angeklagten Rheinländer war so, daß der Gemeindevorsteher von Zscherndorf die Ueberzeugung gewann, Rheinländer sei der Mörder des H. und ihn daher vorläufig festnahm ließ. Die anderen Angeklagten wurden dann gleichfalls verhaftet; sie standen nun unter der Anklage des gemeinschaftlichen Mordes und der Anstiftung dazu vor den Geschworenen.

Die Angeklagte, Frau Klara Hüttenrauch erzählte über ihre 21jährige Ehe mit dem Ermordeten, daß sie nur eine einzige Leidenszeit gewesen ist. Ihr Mann war roh, jähzornig, schlug sie oftmals und trieb auch sein Wesen mit anderen Weibern. Im März 1919 übersiedelte die Familie Hüttenrauch von Bad Sulza nach Holzweißig, wo Hüttenrauch das Gasthaus Preußische Krone übernahm. Mit dem Gasthause waren auch etwa zwanzig Logisgäste übernommen, darunter Rheinländer, der der Frau Hüttenrauch auch zum Verhängnis wurde. Hüttenrauch aber bildete sich in Holzweißig zum Trunkenbold aus, liebte den Schnaps, ging der Arbeit aus dem Wege und peinigte seine Frau wie früher in Schmiedehausen. In ihrer Aufregung und Wut hat sie dann mal zu den beiden heute mit angeklagten jugendlichen Personen gesagt: „Ich gebe 200 Mark, wenn ihr den Alten um die Ecke bringt." Die treibende Kraft bei dieser Mordtat ist zweifellos Rheinländer gewesen, der alles für „nicht wahr", „Lüge" und „Schwindel" erklärte, was die Mitangeklagten oder auch geladene Zeugen, bekundeten; das Motiv zu der Anstiftung wieder ist bei Rheinländer Habgier nach dem Gelde gewesen. So hat er denn den beiden Mördern, dem jugendlichen Sohne des Ermordeten und dem 19jährigen Kutscher bei Hüttenrauchs, Edler, immer wieder in den Ohren gelegen, den Alten beiseite zu schaffen, bis dann endlich die grausige Tat am 31. Oktober ausgeführt wurde.

Edler, ein Phantast, hatte dem ermordeten Hüttenrauch vorgeredet, er könne ihm Schnaps verschaffen und sie wollten zu diesem Zwecke am Abend des genannten Tages dahin gehen, wo der Lieferant des Schnapses sich zur Uebergabe einfinden werde; der junge Otto Hüttenrauch befand sich in ihrer Begleitung. Edler hat dann den tödlichen Schuß auf den alten Hüttenrauch abgegeben. Auch der junge Hüttenrauch hat nach seinem Vater geschossen, ihn aber nicht getroffen, so daß der tödliche Schuß allein Edler zur Last fiel. Während beide früher alles so gut wie eingestanden hatten, suchten sie in der Hauptverhandlung alles anders darzustellen. Nachdem sie sich von dem Tode ihres Opfers überzeugt hatten, schleppten die beiden Mörder die Leiche nach einer unbenutzten Kohlengrube, nicht ohne ihr die Stiefel abzuziehen, die sie teuer zu verkaufen gedachten. Frau Hüttenrauch will auch heute noch nicht wissen, wie ihr Mann zu Tode gekommen ist, wo alles geschehen ist, noch hat sie nach den näheren Umständen der Tat gefragt.

Die Geschworenen (Obmann: Gutsbesitzer Hugo Barth-Mieskau) bejahten von den vorgelegten 32 Schuldfragen bei Otto Hüttenrauch und Edler die nach vorsätzlicher Tötung mit Ueberlegung, bei Frau Klara Hüttenrauch und Rheinländer die nach Anstiftung dazu. Da auf Mord und Anstiftung dazu die Todesstrafe steht, so wurden Fritz Edler, Frau Hüttenrauch und Rheinländer zum Tode verurteilt. Otto Hüttenrauch ist noch nicht 18 Jahre alt und kann als Jugendlicher nur mit Gefängnis bis zu 15 Jahren bestraft werden. Das Gericht kam zu einer Gefängnisstrafe von 13 Jahren. Alle Verurteilten nahmen das Urteil völlig ruhig auf.

Posttraftwagenverkehr.

Von amtlicher Seite wird uns geschrieben:

In der Tagespresse finden sich in den letzten Tagen wiederholt Ausführungen, die sich mit den Kraftwagen-Ueberlandlinien der Reichspostverwaltung befassen. Insbesondere wird das Vorgehen der Post in Sachsen einer abfälligen Kritik unterzogen. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß es sich bei den in Frage kommenden sächsischen Linien Aue—Zschorlau und Olbernhau—Deutschneudorf um uralte Postkurse handelt, auf denen, den neuzeitlichen Anforderungen folgend, lediglich das Pferd durch den Motor ersetzt worden ist. Mit welchem Recht die sächsische Eisenbahnverwaltung nun plötzlich diese alten Postkurse für sich in Anspruch nimmt und sich über die Maßnahmen der Postverwaltung entrüstet, ist unerfindlich. Die sächsische Eisenbahnverwaltung hat, sobald sie von den Absichten der Postverwaltung erfuhr, ihrerseits ohne weiteres den Kraftwagenbetrieb auf den Linien eröffnet. Die Beurteilung eines solchen Verfahrens mag der Oeffentlichkeit überlassen bleiben. Die Post wird sich nicht vorschreiben lassen, welche Post-Beförderungseinrichtungen sie zu treffen hat und welche Triebwagen sie für ihre Fahrzeuge wählen will. Inwieweit sie damit ihr gutes Recht auf Personenbeförderung verbindet, ist ihre Sache.

Bei dieser Gelegenheit mag zur Orientierung der Oeffentlichkeit kurz darauf hingewiesen werden, daß — abgesehen von den damaligen süddeutschen Postverwaltungen — im Kraftwagen-Ueberlandverkehr die Reichspostverwaltung zuerst auf dem Plan erschienen ist, als man an Kraft-Verkehrsgesellschaften noch gar nicht dachte. Gleich nach Beendigung des Krieges hat die Postverwaltung den Betriebszweig wieder aufgenommen und die nötigen Wagen in Bestellung gegeben. Wenn es bisher nur langsam vorwärts gegangen ist, so lag das an der mangelhaften Lieferfähigkeit der Kraftwagenindustrie. Die Kraftverkehrs-Gesellschaften waren darin darin günstiger gestellt, weil ihren Vorläufern, den Kraftfahrämtern, die Heeresbestände in weitestem Maße zur Verfügung standen. Jetzt können die Hauptschwierigkeiten als überwunden gelten. Wenn nunmehr allenthalben in der Presse von der Post als Eindringling in fremde Gebiete die Rede ist, so heißt das, den Spieß umdrehen.

Es mutet überhaupt eigenartig an, wenn man neuerdings die Kraftfahrpläne der Post als zu weitgehend angreifen zu müssen glaubt, wo man ihr noch vor kurzer Zeit Rückständigkeit auf diesem Gebiete vorwarf. Zur Orientierung des Publikums sei's gesagt —: das Kraftfahrwesen der Reichspostverwaltung wird mindestens nach ebenso großzügigen und kaufmännischen Gesichtspunkten eingerichtet und verwaltet, wie die mehr oder minder privaten Unternehmungen. Dabei arbeitet die Postverwaltung dank den ihr zu Gebote stehenden Hilfskräften und — Einrichtungen billiger und pünktlicher und ausschließlich im Interesse der Allgemeinheit."

Das Zweiklassensystem auf der Reichseisenbahn

soll, wie gemeldet wird, am 1. Juli 1921 zur Wirklichkeit werden. Es sind eine Polsterklasse und eine Holzklasse in Aussicht genommen. Bereits im Laufe dieses Jahres noch wird die 1. Klasse aus den Personenzügen verschwinden und vorläufig nur noch in den Schnellzügen weitergeführt werden. Die Polsterwagen erhalten Abteile mit je 6 Sitzen und werden als 2. Wagenklasse geführt, während die 4. Klasse durchgängig mit Sitzplätzen versehen wird. Der Neubau von Personenwagen soll nur noch nach dem Muster der jetzigen 3. Klasse erfolgen. Nach Einführung des Zweiklassensystems wird auch ein neuer Tarif zur Anwendung kommen.

Eine Gefahr für die Geschlechtskranken.

Von ärztlicher Seite wird der „Münchner Post" geschrieben:

Die Münchner Medizinische Wochenschrift vom 6. Februar 1920 bringt zwei Mitteilungen, die zeigen, daß Ausbeutung und Schiebertum auch auf ärztlichem Gebiete sich breit zu machen beginnen und daß besonders auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten die „Konjunktur" in einer Weise ausgenutzt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200521-11/fragment/page=0005

wird, die die erfolgreiche Bekämpfung dieser Volkseuchen sicherlich nicht erleichtert.

Zur Illustration: Ein Kaufmann will Geld verdienen und bekommt auf eine entsprechende Annonce in einer Tageszeitung folgendes verlockende Angebot: „Wir empfehlen Ihnen die Uebernahme eines unserer Phorosan-Institute. Zwölf Städte wurden innerhalb sechs Wochen bereits vergeben. Je nach Größe der Stadt bezahlt sich der Reingewinn auf 50 000—100 000 Mark pro Jahr. Gewissenhafte und umsichtige Führung vorausgesetzt. Für den Arzt sorgen wir selbst." Rentabel scheint die Sache zu sein, denn in München sollen monatlich 150 Patienten neu zugehen, von denen jeder für die Behandlung 250 Mk. zahlt, macht jährlich 425 000 Mk. „Umsatz". Und das ist wohl für den „Unternehmer" die Hauptsache. Seither war es üblich, daß solche epochemachenden Erfindungen den Aerzten durch Fachzeitschriften bekanntgemacht, zur unparteiischen Prüfung übergeben und so in der kranken Menschen Dienst gestellt wurden.

Denselben Zweck verfolgen die „Holländerschen Ambulatorien für Geschlechtskranke", über die in der Münchner Medizinischen Wochenschrift ein Arzt schreibt, der selbst „auf den Leim gegangen" und mehrere Monate Leiter eines derartigen Institutes gewesen ist: Die Haupteinnahmen werden bei dem Verkauf der Methylenblau-Kapseln gegen Gonorrhoe (in 4 verschiedenen Stärken bis 75 Mark die Schachtel) gemacht. Wenn man weiß, daß das Methylenblau zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten vollkommen ungenügend ist, vielfach nicht vertragen wird und die Nieren reizt, so ist leicht einzusehen, welche Gefahr für die Gesundheit des einzelnen und des ganzen Volkes derartige Institute darstellen.

Es ist bedauerlich, daß kein Reichsgesetz zur Bekämpfung derartiger Mißstände existiert, wie es die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in ihrem zweiten Bericht von 1919 fordert. Von den Aerzten Nürnbergs sollen in nächster Zeit eine Reihe von Vorträgen gehalten werden, zur Aufklärung über die bestehenden Auswüchse im Heilwesen, über Kurpfuscherei und Heilmittelschwindel. Es ist wirklich dringend zu wünschen, daß endlich einmal etwas geschieht, um das Volk vor derartiger Ausbeutung und Gesundheitsschädigung zu schützen.

Das Wachstum der Schwindsucht während des Krieges.

An Lungenschwindsucht (einschl. Halsschwindsucht) starben in Berlin in den fünf Jahren 1909 bis 1913 3772, 3633, 3493, 3510, 3265 Personen. Auch in den drei Jahren 1914 bis 1916 hielt die Zahl der durch Schwindsucht verursachten Sterbefälle sich mit 3371, 3362, 3487 noch auf mäßiger Höhe. Dann aber schnellte sie in 1917 plötzlich empor auf 5039, und das Jahr 1918 brachte mit 4951 Fällen eine fast ebenso hohe Schwindsuchtssterblichkeit. Die Sonderung nach Geschlechtern ergibt für die fünf Jahre 1914 bis 1918, daß von den Männern 1910, 1936, 1822, 2612, 2397, von den Frauen 1461, 1426, 1665, 2427, 2554 an Schwindsucht starben. Das Mehr für 1918 gegenüber 1914 beläuft sich bei den Sterbefällen für Männer also auf 25, bei den Frauen aber auf 75 Prozent, zweifellos in erster Linie eine Folge der angestrengten Erwerbsarbeit und mangelhaften Ernährung.

Verkehrsbeschränkungen zu Pfingsten. Die beschränkten Verkehrsverhältnisse, der noch immer herrschende Mangel an Lokomotiven und Wagen machen noch immer jede Mehrleistung im Personenverkehr zu den Feiertagen unmöglich. In Anbetracht des vor den Feiertagen zu erwartenden starken Andranges zu den Vergnügen sieht sich die Eisenbahnverwaltung gezwungen, für die Tage vor dem Fest eine Fahrkartenrationierung eintreten zu lassen, um eine störungsfreie Abwicklung des Fernverkehrs sicherzustellen. Es ist daher angeordnet worden, daß die Geltungsdauer sämtlicher Personen-, Eil- und Schnellzugsfahrkarten, die dem Freitag, den 21., Sonnabend, den 22. und Sonntag, den 23. Mai gelöst werden, nicht vier Tage, sondern nur einen Tag, und zwar am Tage der Lösung zum Reiseantritt berechtigen. Der Vorverkauf von Fahrkarten des Fernverkehrs zu den an diesen Tagen verkehrenden Zügen findet also nicht statt.

Die Vereinigung der Lichtspieltheaterbesitzer e. V. und Interessenten, Sitz Leipzig, Drisgruppe Halle (Saale) hatte am 19. Mai abends im Hotel „Goldene Kugel" eine Versammlung, um sich über die in Anbetracht der durch die neue Lustbarkeitssteuer geschaffenen Lage zu treffenden Maßnahmen klar zu werden. Es waren sämtliche Theater vertreten und darüber einig, daß ein Weiterbestehen der Hallischen Lichtspieltheater bei der augenblicklich in Kraft befindlichen Lustbarkeitssteuer ein Ding der Unmöglichkeit ist. Einige Theater haben in den bis jetzt verflossenen 14 Tagen und zwar vom 3. bis 17. Mai viele 1000 Mark zugesetzt und es besteht auch insbesondere jetzt im Sommer keinerlei Aussicht, dieses Defizit zu verringern. Wie uns weiter geschrieben wird, wurden der Syndikus des Vereins und einige Vorstandsmitglieder gestern vormittag von dem Dezernenten des Magistrats, Herrn Stadtrat Wurm empfangen und hatten somit Gelegenheit, eine Uebersicht über ihre Lage zu geben. Nach dem Ergebnis dieser Besprechung sieht zu erwarten, daß der Magistrat, sobald er sich von der Tatsache der Unmöglichkeit des Weiterbestehens der Lichtspieltheater hat überzeugen können, in eine Revision der Vorlage einwilligt, so daß vielleicht immerhin eine Schließung der Lichtspieltheater zu vermeiden sein dürfte. Im Interesse der Angestellten wäre dies nur zu begrüßen.

Provinz und Umgegend.

Die Umgestaltung des Verwaltungsapparates.

Trotz des tagtäglichen Geschreies unabhängiger Versammlungsredner, wonach sich im „sozialistischen" Deutschland gegen früher „nichts geändert" habe, gehen augenblicklich immer noch tiefgreifende Umgestaltungen in unserem höheren staatlichen Verwaltungsapparat vor sich. So sind besonders in unserer Provinz eine ganze Reihe reaktionärer Landräte „beurlaubt" worden. Aus Berlin wird nun gemeldet, daß auf Vorschlag des Oberpräsidenten Gen. Hörsing auf die freigewordenen Landratsstellen in Sangerhausen der Volksblattredakteur Kasparek-Halle und in Delitzsch der unabhängige Abgeordnete Raute-Eilenburg berufen worden sind. Auch der neue Landrat Herr Kasparek vertrat des öfteren die Ansicht, daß bisher „nichts geschehen" sei.

„Rechtssozialistischer Zusammenbruch im Bezirk".

Ein Volksblatt-Traum.

Wahrscheinlich angeregt durch unsere vorgestrige Notiz „Arm an Geist", befleißigt man sich jetzt augenblicklich in der Volksblattredaktion, für die Genossen im Wahlkampf endlich einmal eigene Arbeit zu liefern. Selbstverständlich richten sich die Schärfen des selbstgezimmerten Wahlkampfzeuges nicht gegen die kappistischen Junkerreaktionäre, sondern den U. S. P.-traditionellen Bahnen gemäß, gegen die sozialdemokratische Partei. Wie aus dem spaltenlangen Schreibwerk hervorgeht, büffelt irgend ein hervorragendes „chronologisches Unikum" seit dem 23. April 1920 an unseren Provinzversammlungsberichten herum und destilliert unter Zuhilfenahme einiger Bruchstücke aus diesen Berichten den endlichen rechtssozialistischen „Zusammenbruch" im Bezirk heraus. (Wahrscheinlich würden wir auch diesmal wieder sehr schnell auferstehen, denn das „Volksblatt" schreibt „aus Prinzip" im Jahre mehrere Artikel mit der hoffnungsvollen Ueberschrift „Rechtssozialistischer Zusammenbruch". D. R.) Mächtig legt sich der Volksblattschreiber ins Zeug und schichtet das „Material" auf, das er dem „zusammengebrochenen" rechtssozialistischen Bau entnommen hat. Triumphierend wird festgestellt, daß die Sozialdemokraten seit der Geburt des bekannten Angstaufrufes der U. S. P. vom 23. April (bekanntlich wurde darin die „Anweisung" gegeben, daß die Unabhängigen keine gegnerischen — gemeint sind die sozialdemokratischen — Versammlungen besuchen sollen. D. R.), neun (9) (!) Wähler- und Mitgliederversammlungen unserer Partei nicht gut besucht waren. Weiter stempelt es die bescheidene unabhängige

Auf der Reise befindliche Wähler!

Wähler, die am Tage der Wahl in ihrem Wohnort nicht wählen können, sei es, daß sie in Ausübung ihres Berufes oder zur Erledigung öffentlicher Angelegenheiten daran behindert sind, können ihr Wahlrecht am Wahltage an ihrem Aufenthaltsorte ausüben. Zu diesem Zwecke muß sich der auf der Reise befindliche Wähler einen Wahlschein von der Gemeindebehörde des bisherigen Wohnortes ausstellen lassen.

Volksblattbiene zu einem mächtigen Erfolge, daß sich in sieben Versammlungen der S. P. D. kein Unabhängiger zur Diskussion zu melden wagte. Wahrlich, das sind außerordentlich „herrliche Kampferfolge" der siegreichen U. S. P.!

Als ganz besonders schwerwiegende Beweise unseres „Zusammenbruches" führt das ultraradikale Volksblatt zwei bürgerliche (!) Provinzblätterstimmen über zwei unserer Versammlungen ins Feld. Wenn das Volksblatt so ungeheuer viel Wert auf die Beurteilung des Wahlkampfes durch die bürgerliche Presse legt (was übrigens anläßlich der sehr oft eintretenden, zeitlichen Poussagen mit der deutschnationalen „Hall. Ztg." nicht sehr verwunderlich ist. D. R.), sind auch wir in der Lage, bürgerliche Pressestimmen über unabhängige „Riesenversammlungen" zur Kenntnis zu geben. In der ersten großen „Massenwählerversammlung" der Unabhängigen, die am 6. Mai im Volkspark stattfand, sprach die „Kanone" Koenen-Berlin. Die parteilosen „Hallischen Nachrichten" (General-Anzeiger" schrieben u. a. über diese Versammlung:

Eine äußerst geringe (!) Besucherzahl, in der sich noch außergewöhnlich viel Bürgerliche (!) befanden, erklärte Herr Kasparek (Versammlungsleiter) damit, daß vorher eine Metallarbeiterversammlung stattgefunden hätte, deren Besucher anscheinend „das Wiederkommen vergessen" hätten."

Ist es nun unter das Kapitel „Bescheidenheit" zu zählen, wenn das Volksblatt von dieser selben Versammlung schrieb:

„Die Versammlung war gut besucht obgleich eine übervolle Metallarbeiterversammlung am Nachmittag über Annahme oder Ablehnung eines Schiedsspruches entscheiden mußte. Trotzdem war der große Saal voll . . . usw. . . . ?"

Hierzu ist nur zu sagen, daß, wenn wir ebenfalls derartige Praktiken anläßlich der Berichterstattung für unsere Provinzversammlungsberichte anwenden wollten, der arme schon genannte Schnüffler trotz angestrengtester Tätigkeit ab 23. April niemals in der Lage gewesen wäre, neun nicht gut besuchte mehrheitssozialistische Versammlungen auszukundschaften. Mit dem mehrheitssozialistischen „Zusammenbruch" im Volksblatt wäre es denn leider ebenfalls „Ebbe" gewesen.

Um den „Zusammenbruch" unserer Parteiorganisation im Bezirk recht plastisch vor Augen zu führen und die „kolossale" Tragweite der neun nicht gut besuchten Versammlungen ins rechte Licht zu rücken, sei mitgeteilt, daß wir in der Volksstimme seit dem mysteriösen Tage (23. April) von über 120 stattgefundenen Wähler- und Mitgliederversammlungen der S. P. D. (ohne Maifeiererantaltungen) berichtet haben. Im Volksblatt kann auch der beste „Chronologe" nicht annähernd die gleiche Zahl von Berichten über stattgefundene Versammlungen der U. S. P. ausfindig machen; trotz des beschwörenden Aufrufes an die Volksblatterichterstatter vom Donnerstag, den 6. Mai, demzufolge über alle Vorgänge in den einzelnen Orten sofort Bericht erstattet werden sollte. Also trotz des „Zusammenbruches" funktioniert unsere Organisation zurzeit glänzend und der Unmut der „revolutionär"-parlamentarischen U. S. P.-Kämpfer ist daher auch menschlich begreiflich. Zumal wenn man bedenkt, daß diese „Sozialistischen" Siegtriebe sich lediglich als einziges und erstrebenswertestes Wahlkampfziel die Vertiefung der sich leider in den Reihen der Arbeiterschaft befindlichen Klüfte gesteckt haben. Wohin gerade dieser Weg führt und auch bisher schon geführt hat, zeigt ein Vorkommnis in Döllnitz bei Ammendorf. Dort sollte kürzlich eine U. S. P.-Versammlung stattfinden, die nicht eröffnet werden konnte, da nur einige Mann erschienen waren. Die feindlichen K. A. P. D.-Brüder hatten nämlich ihre Mannen vor dem Lokal aufgestellt und mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden handgreiflichen Macht einen unabhängigen „Zusammenbruch" herbeigeführt. Doch auch hier deckte das sonst so hellhörige Volksblatt den Mantel der Verschwiegenheit über die heikle Sache. Daß die wackeren „Ka—a—pe—de—ianer" den Terror als Mittel zur Durchführung des politischen Kampfes nicht nur allein gepachtet haben, zeigt folgender interessante Briefwechsel, den unsere Parteiorganisation mit einem Gastwirt in Schkeuditz zwecks Ueberlassung eines Saales zur Abhaltung einer öffentlichen Wählerversammlung geführt hat. Dieser Gastwirt schrieb unserer Parteileitung am 15. Mai 1920, daß sein Saal uns jeden Tag (außer Sonntags) zur Verfügung stände. Er bitte um näheren Bescheid . . . usw. . . .

Am 17. Mai (was mag der arme Kerl während dieser zwei Tage alles erlitten haben? D. R.) schrieb derselbe Mann an die Parteileitung folgenden Brief:

Auf Ihre Anfrage betr. Abhaltung einer Versammlung zurückkommen, haben wir uns die Sache überlegt, und ich muß Ihnen zu unserem größten Bedauern mitteilen, daß wir die Abhaltung der Versammlung ablehnen müssen; **da wir hier von Arbeitern der U. S. P. leben müssen, wir andernfalls in unserem Geschäft schwer geschädigt würden.**

Hochachtungsvoll

Dieser Brief erinnert uns an die Zeiten des Kampfes der Sozialdemokratie mit der schwärzesten Reaktion, dem Reichslügenverband und ähnlichen nun schon längst verstaubten Instrumenten der Sozialistenfresser aller Arten. Da der Brief Bände spricht, brauchen wir ihm keinen Kommentar beizufügen.

Wenn in einem anderen Artikel in der gleichen Nummer des Volksblattes geschrieben wird: „Wir sind die Partei der Besitzlosen, mithin verfügen wir auch nicht über die großen Geldsäcke der bürgerlichen Parteien. Daher müssen überall Gelder für den Wahlfonds gesammelt werden . . . usw. . . ., so dürfen wir uns noch lange nicht getroffen fühlen, wenn das Volksblatt eingangs seines Zusammenbruchtraumbildes schreibt: „Die Rechtssozialisten suchen bekanntlich ihre schwachen Kassen (sind also auch Besitzlose!) auf Kosten der klassenbewußten Arbeiterschaft zu sanieren, indem sie . . . . ."

Noch weniger wird sich unser Gen. Waentig kränken, wenn das Volksblatt von ihm schreibt: „Er sollte lieber die an der hallischen Universität in zahlreichen Prachtexemplaren vertretenen einfältigen deutschnationalen Jünglinge mit vernünftigen, wirtschaftspolitischen Ansichten kulieren." Dieser fromme Wunsch würde auch sowieso erfüllt werden, trotzdem der Gen. Waentig ebenfalls zu den „arbeiterfeindlichen, unvernünftigen" Rechtssozialisten gehört. Vorher müßte er jedoch zwecks Wiederherstellung vernünftiger, wirtschaftspolitischer Ansichten noch einige notwendige Okulationen an gewissen, in räte-diktatorischen Farben schillernden unabhängig-kommunistischen Prachtexemplaren vornehmen.

Kleines Feuilleton.

Vom Bücherwurm.

Der Bücherwurm ist ein Mensch, der tief in seine Bücherwelt vergraben sitzt, sich in die Bücher hineinfrißt und an nichts sonst Interesse hat. Als solch ein Kauz hat er im Sprachschatz unseres Volkes Heimatrecht. Aber davon ist hier nicht die Rede. Sondern von rechtschaffenen, richtigen Bücherwürmern, die die Bücher buchstäblich zerfressen. Auch darüber zu hören ist ganz unterhaltsam.

Eigentlich sind es keine Würmer, die man mit diesem Namen bezeichnet, sondern fast durchweg die Larven von Käfern, doch auch einige andere winzige Tierchen, die aber alle zu den Insekten gehören. Sie sind so recht Wiedergänger der Menschen, der ihnen in seinen Bibliotheken eine Nahrung verschafft hat, von deren Geschmack und nie endender Fülle sie vorher gar keine Ahnung hatten. Daß den Bücherwürmern das eine Buch besser behagt, als das andere, und daß ihnen etwa ein gelehrter Foliant besser schmeckt, als eine leichte Lektüre, hat man bisher noch nicht ermittelt, dagegen machen sie insofern einen Unterschied unter den Büchern, als sie sich begreiflicherweise in denen am behaglichsten fühlen, die am wenigsten benutzt werden, und da steht ihnen ja ein genügend weites Feld offen. Es gibt nach den Untersuchungen des irischen Jesuitenpaters O'Connor sieben bis acht Arten von „Bücherwürmern", die sich aber ursprünglich meist von anderen Stoffen nährten und noch jetzt gerne in ihrer Diät abwechseln, wahrscheinlich, weil sie eine fortgesetzte Beschäftigung mit gelehrten Dingen nicht vertragen. Da ist zunächst der Brotkäfer, der so ziemlich alles frißt, was ihm vor die Kiefer kommt, und für die Kostbarkeiten der Speisekammer eine ebenso große Vorliebe zeigt wie für die einer Bibliothek oder Naturaliensammlung. Der Speckkäfer gibt ihm in seinen Gewohnheiten und seiner Vielfräßigkeit wenig nach. Den Larven dieser Käfer verdankt der Besitzer eines Bücherschatzes die schönen sorgfältig gebohrten Tunnel, die sich bald schnurgerade, bald zierlich gewunden durch ein dickleibiges Buch hindurchziehen. Als Beloch verzeichnet O'Connor einen Fall, in dem ein Bücherwurm sich durch 27 Foliobände so geradewegs durchgebohrt hatte, daß man die ganze Zahl von Bänden an einer durch den Tunnel gezogenen Schnur zusammen hätte in die Höhe heben können. Auch den Silberfischchen, sonst Zuckergast genannt, findet sich oft zwischen den Seiten eines Buches und beschädigt diese und die Einbände ganz besonders, indem es Löcher hineinfrißt. Es erscheint dem unbewaffneten Auge als eine kleine perlfarbene Motte, vorne mit zwei Fühlern und mit drei langen Anhängen hinten; man sieht sie im Sommer blitzschnell über das Papier laufen und in einem selbst gegradenen klaffenden Spalt verschwinden. Während dieses zu den Borstenschwänzen gehörige Insekt bedrucktes Papier verschmäht, soll der Dieb seinen schwarzen Kopf geradezu von seiner Vorliebe für Bücher mit fetten Buchstaben erhalten haben. Endlich wollen wir noch aus der Familie der Läuse die Bücherlaus erwähnen. Die bisher vorgeschlagenen Heilmittel gegen all diese Bücherfeinde sind unwirksam bis auf das eine: die Bücher fleißig zu benutzen.

Wägbarkeit des Lichtes.

Bekanntlich wird von Lichtstrahlen ein sehr feiner, aber noch berechenbarer Druck auf die getroffenen Flächen ausgeübt. Pflanzen scheinen ihn noch positiv zu empfinden, wenigstens wurden an ihnen Aeußerungen bemerkt, die sich auf andere Weise nicht gut erklären lassen; vielleicht mischt sich der Druckexponent des Lichtes mit seinen Wirkungen in das Unbehagen ein, das nervöse Menschen bei allzu ausgedehnten Sonnenbädern befallen kann, aber auch den „unempfindlichsten" heimsucht, wenn ihm eine elektrische Birne von nur mittlerer Kerzenstärke eine Welle von oben her direkt den Scheitel bescheint. Der Gedanke an eine körperliche Beschaffenheit des Lichts, der vor dem Siegszug der Wellentheorie die menschliche Vorstellungswelt beherrschte, wird durch die Lichtdruckerscheinungen nicht notwendig heraufbeschworen, weil der Lichtdruck aus dem Geiste der Wellentheorie heraus, die das Licht als eine reine Bewegungserscheinung deutet, sich gut begreifen und gleichsam als die „Brandungswirkung" der auftreffenden Lichtwellen betrachten läßt. Immerhin haftet diesem Begriff der Brandungswirkung noch etwas allzu Poetisches und Grobmechanisches zu, als daß er ganz befriedigen könnte, und deshalb kommen die Physiker von Zeit zu Zeit immer wieder auf die Idee zurück, ob das Licht am Ende doch nicht nur eine bewegte, sondern auch eine wägbare Strahlung sei. Wäre letzteres der Fall, so müßte ein leuchtender Körper mit der Zeit von seinem Gewichte verlieren, d. h. es müßte im Leuchtvorgang allmählich ein Teil seiner Materie aufgebraucht werden. In der „Natur" werden neuerdings Versuche mitgeteilt, die in dieser Richtung mit Benutzung modern gebauter Metallfadenlampen angestellt worden sind. Bekanntlich bildet sich auf der Innenseite der Birnengläser nach längerer Brenndauer der Lampe ein dünner dunkler Beschlag: er ist Beweis dafür, daß während des Brennens vielleicht durch Verdampfen seine Teilchen von den Metallfäden abgerissen werden. Könnte es da nicht möglich sein, daß außer diesen relativ groben Partikelchen noch sehr viel feinere Atomteile wegzerstreut werden, welche wesentlich am Zustandekommen der Lichterscheinung beteiligt sind und die Glaswand etwa ebenso durchdringen wie die Teilchen der Kathodenstrahlen das Aluminiumfenster einer Kathodenröhre? Jedenfalls war die Frage mit den sorgfältigsten Mitteln zu prüfen. Es geschah. Eine 25kerzige Osramlampe blieb unter Anwendung aller Vorsichtsmaßregeln, die den geringsten Abgang wägbarer Materie hätten anzeigen müssen, 21 Tage und Nächte ununterbrochen in Tätigkeit. Aber die ausgesandten Energiemengen ließen keine Spur von Masseneigenschaften erkennen. Der Strahlungsverlust erfolgte ohne nachweisbaren Gewichtsverlust, so daß die Erfindung noch sehr viel feinerer Werkzeuge abgewartet werden muß, bevor von dieser Seite der die Wellentheorie bedroht werden könnte.

Stadttheater: Heute, Freitag — Anfang 7 Uhr — gelangt Richard Wagners „Lohengrin" zur Aufführung. Sonnabend 7½ Uhr geht das Lustspiel „Tartüff" von Molière, deutsch von Ludwig Fulda, in Szene. Sonntag (1. Pfingstfeiertag) nachm. 3½ Uhr Volksvorstellung „Helden", abends 7½ Uhr „Der Bettelstudent", Montag (2. Feiertag) nachm. 3½ Uhr Volksvorstellung „Heimat", abends 7½ Uhr „Carmen". Dienstag abend 7½ Uhr „Im weißen Rößl". — Das für Sonnabend, den 29. Mai, angesetzte Konzert muß leider bis zum September verlegt werden, da sowohl Generalmusikdirektor Prof. Dr. von Schillings wie auch Barbara Kemp infolge der Vorbereitungen für die in der Berliner Staatsoper geplanten Festaufführungen „Moderne Mädchen" unabkömmlich sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200521-11/fragment/page=0006

Die Garnisonstädte der Reichswehr.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit:

In einem Teil der Presse sind irreführende und falsche Nachrichten über die zukünftigen Garnisonen der Reichswehr erschienen, wodurch in den beteiligten Kreisen eine weitgehende Beunruhigung eingetreten ist. Von zuständiger Stelle wird den Gerüchten, daß künftig nur Städte über 75 000 Einwohner Garnison erhalten sollen, entschieden entgegengetreten. Die Reichswehr soll vielmehr, wie der Generalstab des Wehrkreiskommandos 4 meldet, vor allem in mittlere und kleinere Städte gelegt werden, da die großen Städte durch die grüne Sicherheitspolizei ausreichend geschützt erscheinen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen und Anhalt für April 1920.

Wie im Vorjahre brachte der Monat April einen erfreulichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Erwerbslosenunterstützung beziehen im Regierungsbezirk Magdeburg 2749 Erwerbslose gegenüber 3801 Erwerbslosen des Vormonats, im Regierungsbezirk Merseburg 258 Erwerbslose gegenüber 299 Erwerbslosen des Vormonats, im Regierungsbezirk Erfurt 824 Erwerbslose gegenüber 901 Erwerbslosen des Vormonats. Die höheren Vermittlungsziffern des Berichtsmonats sind auf die Abwanderung industrieller Arbeiter und Arbeiterinnen in die Landwirtschaft und in den Bergbau zurückzuführen. Die beginnende günstige Gestellung des Arbeitsmarktes wurde durch Kohlenmangel und unsichere wirtschaftliche Verhältnisse gehemmt.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit einheimischen Wanderarbeitern machte gute Fortschritte. Sehr gesucht werden ledige Knechte und Mägde. Der Bedarf an Arbeitskräften für die Spargelernte wurde gedeckt. Eine leichte Besserung im Transportwesen machte dem Bergbau Mehreinstellungen an Arbeitskräften möglich. Die chemischen und verwandten Industrien zeigten sich weiter aufnahmefähig. Die Metallindustrie war mit Aufträgen eingedeckt, mußte deren Ausführung aber wegen Kohlenmangel zurückstellen. Die Papierbe- und verarbeitenden Gewerbe litten unter den hohen Papierpreisen. Im Holzgewerbe brachen in verschiedenen Orten der Provinz, auch in Magdeburg Streiks aus. Die Nachfrage nach Tischlern und Stellmachern nahm ab. Die Stellenlosigkeit im Nahrungsmittelgewerbe blieb unverändert, da erhöhte Beschäftigungsmöglichkeiten im Beruf nicht geboten werden. Der Textil- und Schuhindustrie schadeten die Schwankungen des Geldwertes, die zur Zurückhaltung mit Fabrikationsaufträgen und zur Kaufunlust des Publikums führten. Entlassungen von Arbeitskräften konnten im allgemeinen bisher vermieden werden, in einigen Fällen nur durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das Baugewerbe zeigte kein einheitliches Bild. Arbeitseinstellungen wegen Materialmangel stand dringender Bedarf an Maurern und Zimmerern gegenüber. Im Handelsgewerbe fehlte es an tüchtigen Buchhaltern, ebenso an Stenotypisten und Stenotypistinnen, während an Verkäufern aller Branchen Ueberfluß war. Der Bedarf an weiblichen Hausangestellten konnte nur zum kleinsten Teil befriedigt werden. Das Angebot an ungelernten Arbeitern überstieg bei weitem die Nachfrage.

Das Räuberstücklein von Sangerhausen.

Nach dem durch die Untersuchungen unseres Gen Zivilkommissar Krüger sowie der beteiligten Behörden, Licht in die dunklen Geheimnisse des Kommunistenputsches gekommen ist, kann man die Geschehnisse klar erkennen. Am Freitag hatte die K. A. P. D., deren Mitglieder erst kürzlich von der K. P. D. (Spartakusbund) zur K. A. P. D. übergeschwenkt waren, eine öffentliche Versammlung einberufen, die in der „Bierhalle“ stattfand. Der Referent, ein „Genosse“ Fischer aus Stettin, hielt eine der üblichen Hetzreden und forderte zur „Aktion der Tat“ auf. Jedem, der hier länger im politischen Leben steht, mußte die vielen fremden Gesichter, die anwesend waren, auffallen. Nach der Versammlung begaben sich die Kommunisten einzeln nach dem Lokal Herrnkrug, wo dann die „Diktatur des Proletariats“ in Szene gesetzt wurde. Es wurden 2 Züge eingeteilt, von denen der erste fast ausschließlich aus auswärtigen Elementen bestand. Im zweiten Zug befanden sich mehr hiesige Elemente, denen „zur Sicherheit“ einige ortsfremde Kommunisten angegliedert waren. Es scheint so, als ob der größte Teil der hiesigen Leute nicht gewußt hat, was gespielt würde. Die Sangerhäuser Häuptlinge der Kommunisten, Andräe und Pauli, hatten den Plan geheim gehalten und nur ihren Gen. Franke aus Tangerhütte, Dunkel aus Eisleben, Schulz aus Wolferode usw. mitgeteilt, „daß die Sache hier günstig stände und sie sollten nur einmal herkommen“. Sie erschienen dann auch und brachten ihren bewaffnetem Anhang gleich selbst mit. So wurde dann die „Befreiung“ bewerkstelligt. Der erste Zug setzte sich in Richtung auf das Stadtinnere in Bewegung, während zwei Mann zu dem Bürogehilfen Esther gesandt wurden, um die Schlüssel des Rathauses zum Waffenkeller zu holen. Sie kamen ergebnislos zurück und erst die nochmalige Sendung, die zur gleichzeitigen Verhaftung Esthers führte, hatte den gewünschten Erfolg. Der wachthabende Polizist auf der Polizeiwache wurde verhaftet, desgl. zwei Beamte, die vom Rundgang zurückkehrten. Man öffnete den Keller im Rathause, in dem noch vom Kapp-Putsch her Waffen und Munition lagen. Auf der Freitreppe zum Rathause wurde ein Maschinengewehr postiert. Nachdem man auf dem Rathause alle Pulte und Schränke erbrochen und dabei etliche 100 Mark erbeutet hatte, ging man auf weitere Eroberungen aus. Durch ausgiebige Verwendung von Dynamit und Handgranaten wurden die Banken bearbeitet. So gelang es bei der Reichsbanknebenstelle etwa 320 000 Mark, bei der Filiale der Darmstädter Bank über 40 000 Mark zu räubern. Im Ganzen etwas über 400 000 Mark. Die Stadthauptkasse und die städt. Sparkasse sind nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Klar ist, daß bei den Sprengungen die umliegenden Bewohner aus dem Schlaf geweckt wurden. So auch unser Gen. Bürgermeister Gründlich. Er kleidete sich an und wollte sehen, was da los sei. Auf dem Rathause wurde ihm erklärt, daß die Diktatur des Proletariats ausgerufen sei. Die Macht sei in den Händen des „Roten Vollzugsrates“ er solle nur wieder nach Hause gehen. Uebrigens wären dieselben Vorgänge wie in Sangerhausen diese Nacht in allen größeren Städten Deutschlands. In der Nacht wurden Plakate angeklebt, die folgenden Inhalt hatten: „Die Regierung ist gestürzt! Die ganze Macht befindet sich in den Händen der ganz linksrevolutionären Parteien. Wer sich widersetzt, wird erschossen. Sämtliche Waffen und Munition sind bis heute nachmittag 3 Uhr auf dem Rathause abzuliefern. Der Aktionsausschuß.“ Desgleichen wurde Post und Bahn besetzt. Auf der Post wurde von Herrn Kommunist Andräe, der sich in seinen Bekanntmachung M. Hölz unterzeichnete, ein Geldbrief an die Firma Höeltz Söhne als an sich adressiert, gestohlen. Aber man dachte auch an andere. Nachdem man in früher Morgenstunde durch Beschlagnahme von Brot, Zigarren, Zigaretten, Schuhen usw. aus den verschiedensten Geschäften für seines Leibes Nahrung und Notdurft gesorgt, ging es zum Markt, wo die zum Schweinemarkt angefahrenen Ferkel zum Preise von 50 Mark pro Stück verkauft werden mußten. Inzwischen waren die Haupträuber, unter ihnen der Referent der Versammlung, schon gegen 6 Uhr morgens im Auto in der Richtung Riestedt-Eisleben davongefahren. Mit ihnen eine Schreibmaschine und einige Stempel des Magistrats. Nach 9 Uhr verschwanden die hiesigen Macher Andräe, Pauli, Götze usw. Nun erstarkte gegen ½10 Uhr der Tatendrang der Spießbürger, die, als nur noch zwei Mann übrig blieben, das Rathaus „stürmten“. Inzwischen war unser Gen. Gründlich längst mit dem ersten Zuge, den er unbehelligt erreichte, mit dem demokratischen Stadtverordneten Magistratssekretär Gottschalk nach Merseburg gefahren, um je nach der Entwicklung der Dinge in Sangerhausen bewaffnete Hilfe heranzuholen und vor allen unnötige Entsendung von Reichswehr zu verhindern. Denn man kennt ja den Drang der militärischen Stellen bei solchen Gelegenheiten „aufzuräumen“, und man weiß, in welchem Sinne das sehr gern geschieht. Beim Gen. Zivilkommissar Krüger, fand er in diesen Bestrebungen erfolgreiche Unterstützung. Dasselbe tat der komm. Landrat Schröder von der U. S. P. Um so unverständlicher erscheint jetzt die wüste Hetze gegen unseren Gen. Gründlich. Ueberhaupt wird in der letzten Zeit in dieser Hinsicht von reaktionärer Seite aus außerordentlich viel geleistet. Wahrscheinlich liegt diesen Herrschaften der sozialdemokratische Bürgermeister noch sehr schwer im Magen. Wo waren denn diese Maul- und Federhelden, als Gen. Gründlich nachts in das Rathaus ging? Fenster waren genug erleuchtet, noch mehr Gesichter sah man an unerleuchteten Fenstern stehen. Von den Räubern sind bereits u. a. festgenommen: Schimmeyer, Stolze, Hornickel, Händel, Winkelmann, Eurich, Schwertfeger, Lauterbach, Hebestreit, Sander, Götze (Otto), Götze (Paul), sämtlich aus Sangerhausen; Franke aus Tangermünde; Schäffner und Liebert aus Eisleben.

Es fehlen noch folgende nachweislich Beteiligte: Beide Brüder Andräe, Pauli sowie der Referent Fischer aus Stettin, Dunkel aus Eisleben usw., also die Hauptmacher, die natürlich ihre Kumpane recht schmählich im Stich ließen, ihre werte Persönlichkeit recht nachdrücklich in Sicherheit gebracht haben.

Wie sehen denn die Helden aus, die die Arbeiterschaft so diskredierten. Wir wollen nur den hiesigen „Führer“ Andräe betrachten. Teilweise invalid, lebte er von seiner Rente so nobel wie heute kein Arbeiter es sich leisten kann. Beim arbeiten waren ihm nur seine beiden gesunden Arme im Wege. Wir wissen, woher der Inhalt der immer sehr reichlich gefüllten Brieftasche stammt. Wenn auch die hiesige rechtsstehende Presse samt den dazu gehörigen Parteien Lärm schlägt, an den Tatsachen ändert sich nichts. Es ist aber anzunehmen, daß die Geldgeber des Korruptionsbüros nicht alles ihren sehr verehrten Parteifreunden auf die Nase binden werden. Die hiesige Arbeiterschaft ist nun gewillt, um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten, eine Sicherheitspolizei aus ihren Reihen zu bilden. Mögen die Spießer auch toben, sie wird sich auf ihrer Ehre nicht mehr von Links- oder Rechtsbolschewisten herumtreten lassen. Daß dieser Banditenstreich nun weidlich gegen die Arbeiterschaft, ganz gleich welcher Gesinnung, zwecks Stimmenfang ausgenutzt wird, bedarf keiner Erwähnung. Ob mit Erfolg, glauben wir nicht, denn der weitaus größte Teil der Einwohner hat diese politischen Machenschaften längst erkannt. Trotzdem rufen wir der Arbeiterschaft zu: Glaubt nicht dem abgedroschenen Phrasengeschwätz, Arbeiter, seht euch eure Leute an!

Die Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. Sachsen-Anhalt,

die bekanntlich auf Anregung des Reichs unter Beteiligung der Provinz und der Kommunalverbände zur Behebung der bestehenden Verkehrsnot gegründet worden ist und die bereits seit längerer Zeit mehrere Auto-Omnibus-Linien in der Provinz Sachsen betreibt, wird, wie wir erfahren, am 22. dieses Monats auch eine Auto-Omnibus-Linie zwischen Sangerhausen—Gonna—Obersdorf—Grillenberg—Wippra eröffnen. Die Omnibusse werden täglich, auch Sonntags, zweimal in jeder Richtung verkehren und in Sangerhausen Anschluß an die wichtigsten Züge haben. Die genauen Fahrzeiten werden in einer der nächsten Nummer unserer Zeitung im Anzeigenteil veröffentlicht werden.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung am 18. Mai. Nach ziemlich langer Pause trat unsere vom bürgerlichen reaktionären Geiste durchwehte Stadtverordnetenversammlung zusammen. Nicht weniger als 50 Vorlagen harrten der Erledigung in 2¼ Stunden, dazu wurden noch vier Dringlichkeitsvorlagen durchgepeitscht. Als wesentlichstes herauszugreifen ist die Niederlegung von Stadtverordneten-Mandaten. Die Stadtverordneten Keitel (U. S.), Bastam (Bürgerl.), Horpke (U. S.), Vetter (S. P.) und Spröte (S. P.) legten ihre Mandate nieder. Das Mandat als Stadtrat behalten die Herren Keitel, Harpke und Spröte. Die Beamten der Stadt will man als Ausgleich, bis die Gehälter der neuen Besoldungsordnung gezahlt werden, einen einmaligen Vorschuß in Höhe bis 1200 Mark gewähren. Der Haushaltungsvorschlag für 1920/21, welcher mit Einnahme und Ausgabe von 2 936 000 Mark abschließen soll, wird angenommen. Zur Erhebung der Realsteuern werden 300 Prozent vorgeschlagen. Schluß der Sitzung 9½ Uhr.

Gräfenhainichen. Stadtverordnetensitzung. In der am 17. d. M. stattgefundenen Sitzung wurde einem Antrage des Vorstehers, Gen. Stollberg, entsprechend, eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten für die Neubesetzung der Bürgermeisterstelle erledigen soll. Weiter wurden außer den bereits bewilligten 150 000 M. für den Kleinwohnungsbau weitere 300 000 M. für diesen Zweck bereitgestellt Gleichzeitig wurden die in der Streikwoche an die Bauarbeiter gezahlten Löhne in Höhe von 2578 M. bewilligt. Eine Vorlage betr. die Herstellung von Notgeld wurde der hohen Kosten wegen abgelehnt. Der Rest der Sitzung war — mit Ausnahme der folgenden nichtöffentlichen Verhandlung — weniger von Bedeutung.

Falkenberg. Unsere Falkenberger Genossen senden uns folgende erheiternden Zeilen zu: Warum so zaghaft? schreibt Gustav Naumann unter Falkenberg im Volksblatt. Er meint damit die Falkenberger Eisenbahner, sie sollten aus ihrer Reserve herausgehen, denn der rechtssozialistische Turm wackelt trotz allen Stützen der Kreisleitung. Aber lieber Gustav! Denkst Du, weil es in Mühlhausen gewackelt hat, stürzt unser Falkenberger Turm ein? Nein, das glaubst Du doch wohl selber nicht. Damit soll nicht gesagt werden, daß in Falkenberg keine unabhängigen Wähler sind. Wir sind darum auch nicht böse, denn wir können in Falkenberg immer noch unsere Politik, die nach Deiner Meinung jammervoll ist, vertreten und haben es nicht nötig, unseren Genossen den Besuch gegnerischer Versammlungen zu verbieten, wie es die Kreisleitung der U S. P. macht. Wir machen es gerade umgedreht und werden Eure Versammlung recht zahlreich besuchen. Wir freuen uns schon auf Euer Kommen und wenn Du in Falkenberg niemand findest, der einen Saal festlegen will, nun dann wende Dich doch vertrauensvoll an uns, wir haben ja schon einmal für Euch einen Saal bestellt und tuen es auch diesmal wieder. Also warum denn so zaghaft. — Aus diesen Zeilen ist zu ersehen, daß auch bei diesem Wahlkampf der Humor noch auf Seiten unserer Genossen zu finden ist.

Hohenmölsen. Einbruch. Ein raffinierter Einbruchsdiebstahl ist in vergangener Nacht im hiesigen Konfektionsgeschäft von Günther verübt worden. Die Einbrecher, jedenfalls sind es mehrere gewesen, sind von der Marktseite aus in das Konfektionslager eingedrungen und haben hier gründlich ausgeräumt. Fast sämtliche Stoffe, ein großer Posten fertiger Strümpfe, Knaben- und Herrengarderobe und dergl. sind gestohlen worden. Der Wert der gestohlenen Sachen beziffert sich auf viele Tausende. Von den Einbrechern fehlt vorläufig leider jede Spur.

Barnstädt. Deutschnationale Abfuhr. Die am Sonntag von der Deutschnat. Volkspartei hier einberufene Wählerversammlung gestaltete sich für unsere Partei zu einem vollen Erfolge. Nach den „wissenschaftlichen“ Ausführungen des deutschen Prof. Mort ergriff unser Gen. Müller das Wort und er verstand es ausgezeichnet, mit sachlichen, markanten Worten, den Deutschnationalen so gründlich zu widerlegen, daß von des Prof. „wissenschaftlichen“ Darlegungen ein Stück nach dem andern zerpflückt wurde. Auch die beliebte Judenhetze (Stimmenfang) konnte die Situation nicht retten. Bewies schon der unseren Gen. Müller dauernd unterbrechende Beifall, daß man mit des Prof. Ausführungen ganz und gar nicht einverstanden war, so zeigte der ungeteilte tosende Beifall am Schlusse seiner Ausführungen, auf wessen Seite die Wähler standen. Es sprachen noch der Gen. Weber und der Unabh. Oberländer. Alle sprachen unter dem Eindrucke, „der Feind steht rechts“, und so kam es, daß die Deutschnationalen eine klägliche Niederlage erlitten. Im Schlußwort gelang es Prof. Mort nicht, auch nur eine einzige Behauptung unseres Gen. Müller zu widerlegen. Wir bitten die Deutschnationalen, noch recht oft hier Versammlungen abzuhalten, wir können keine besseren Mitarbeiter für unsere gute Sache finden.

Hohenmölsen. Weißenfels verklagt Hohenmölsen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde u. a. bekanntgegeben, daß der Magistrat der Stadt Weißenfels die hiesige Gemeinde auf Grund des Tumultschadengesetzes auf Zahlung einer Entschädigung von 5000 Mark verklagt hat. Die Klage wird damit begründet, daß an den Unruhen in Weißenfels auch Arbeiter aus Hohenmölsen teilnahmen und Schaden verursacht haben. Auf Vorschlag des Magistrats beschloß die Versammlung, das Klageverfahren aufzunehmen und einen Rechtsanwalt mit der Vertretung der Stadt zu beauftragen.

Liebenwerda. Die Reaktionäre kämpfen für ihren Kapp-Landrat. Die Reaktionäre aller Arten toben immer noch in allen Tönen, daß v. Borcke gehen mußte. Sie machen allerlei Anstrengungen um ihr Kapp-Kindlein v. Borcke wieder zu bekommen. Das Vorgehen dieser Kreise beweist nachgerade, daß es die höchste Zeit war, hier Schluß zu machen. Alle möglichen Kinkerlitzchen führen die Reaktionäre nun an, um „nachzuweisen“, daß eine Mehrheit da ist, die v. Borcke wiederhaben will. Der Bund der Landwirte, der Bauernbund, die Kreisbauernschaft, die Kreisbeamtenschaft unter Führung des bekannten reaktionären Kreisobersekretärs, alle schwarz-weiß-roten Kapp-Leute usw. usw., jammern über seine „Beurlaubung“. Ein Telegramm nach dem andern wird fortgejagt. Auch die Müllerzwangsinnung verlangt sofort „im Interesse der Allgemeinheit“ die sofortige Wiedereinsetzung des Daheimgegangenen. Merkwürdig, alles Selbstversorgerkreise, die den Kappisten wiederhaben wollen. Nun, wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie sich trotz alledem nicht einschüchtern läßt und mit ihren Aufräumungsarbeiten fortfährt. Den reaktionären Scharfmachern aber rufen wir zu: Spielet nicht mit dem Feuer, sonst könnte es am 30. d. M. passieren, daß wirklich die Mehrheit der Kreisbewohner in Liebenwerda erscheint. Die Verantwortung hätten dann diese Scharfmacher auf sich zu nehmen, denn mit versteckten und offenen Kappisten, die es mit dem Herrn v. Borcke halten, will die sozialistische Mehrheit des Kreises sich nicht am Gängelband führen lassen.

Nemsdorf. Deutschnationaler Stimmenfang. Am vorigen Sonntag eröffnete die Dtsch.-Nat.-V. in Nemsdorf den Kampf zu den bevorstehenden Wahlen. Ein Prof. Mort bearbeitete die Werbetrommel für die schwarz-weiß-rote Reaktionspartei. Unser Gen. Weber-Barnstädt trat den Ausführungen entgegen. Er wurde aber in terroristischer Weise an ausführlichen Schilderungen verhindert. Der Dtsch.-N.-Berichterstatter im „Querfurter Tageblatt“, schreibt, die Ausführungen des Sozialdemokraten Weber wurden in einer „echt glänzend deutschnat.“ Weise widerlegt. Fürwahr in Anbetracht der Wortabschneidung echt glänzend Deutschnational. Weiter wird im Bericht von einer „vollen Versammlung“ geschrieben. Festgestellt wurden „76 Personen“. Redner, Wirt, Kellner, Kind und Kindeskinder mit eingerechnet, herbeigeeilt aus Querfurt, Obhausen, Nemsdorf Göhrendorf usw. Die ganze Umgegend (außer der Arbeiterschaft) hat sich daran beteiligt.

Droißig bei Zeitz. Unsaubere Mittel im politischen Kampfe. Am Sonnabend, den 8. Mai, sollte hier eine Versammlung stattfinden, in der Genosse Drescher über die kommenden Reichstagswahlen reden sollte. Unsere Genossen hatten geglaubt, zu der Versammlung ein Lokal nehmen zu müssen, in dem sonst nur die Arbeiter des Orts verkehren. Unmittelbar neben der Saaltür befindet sich dort der Eingang zu einem größeren Vereinszimmer und in dieses hatten die Unabhängigen eine angebliche Landarbeiterversammlung einberufen. Im Hausflur hielten sich einige Unabhängige auf und dirigierten alle Ankömmlinge in die Landarbeiterversammlung. Infolgedessen konnte niemand in unseren Versammlungssaal eintreten. Eine Anzahl Personen, die zu Beginn der Versammlung infolgedessen in unserem Versammlungsraum keinen Besucher sahen, gingen wieder fort. Andere ließen sich in die Landarbeiterversammlung bugsieren Dadurch war es den Unabhängigen möglich geworden, unsere Versammlung zu verhindern. Mit diesen und den schon angeführten Beispielen wollen wir unseren Genossen zu erkennen geben, wie wenig aufrichtig der Wille zur Einigung der Arbeiterschaft in den Kreisen der Unabhängigen vorhanden ist. Sie überlassen den Kampf gegen die Reaktion uns und freuen sich darüber, wenn sie unsere Versammlungen stören können.

Halberstadt. Eine anonyme Anzeige und ihre Folgen. Auf der Zuckerfabrik Kloster-Gröningen waren im November große Mengen Zucker gestohlen worden. Ein unbekannter Absender verdächtigte in einem Briefe an den Besitzer zahlreiche Arbeiter der Fabrik des Diebstahls. Die Folge davon waren umfangreiche Haussuchungen die aber nur vereinzelt und waren umfangreiche Haussuchungen, die aber nur vereinzelt und die Arbeiter in große Erregung und es kam zu Zusammenrottungen. Die Sache wurde als Landfriedensbruch angesehen. Elf von 24 Angeklagten erhielten daher vom Schwurgericht Halberstadt 6 Monate bis 1¼ Jahr Gefängnis.

Wählerversammlungen der S. P. D.

Canena. Eine Wahlversammlung des sozialdemokratischen Vereins (alte Partei) fand gestern, Mittwoch abend, im Restaurant von Wilke statt. Das Referat über „Wen wählen wir am 6. Juni?“ hatte Genosse Lanzke-Halle, übernommen. In einstündiger Ausführung unter gespannter Aufmerksamkeit der Erschienenen verstand er es, sowohl die außerordentliche Bedeutung der kommenden Wahl für die Zukunft des deutschen Volkes, als auch die Grundprobleme, die im jetzigen Wahlkampf eine Rolle spielen, den Zuhörern verständlich zu machen. Von nur wenigen Zwischenrufen unterbrochen, die sofort die betreffenden Antworten auf ihre Einwände bekamen, beleuchtete der Referent vor allen Dingen die Grundfragen unserer Politik: Demokratie oder Diktatur, wobei er besonders die schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen jedes diktatorischen Regimes in Deutschland für das In- und Ausland kennzeichnete. Wenn Deutschland nicht in einen neuen Krieg und in unübersehbares wirtschaftliches Elend verfallen soll, dann kann es am 6. Juni nur ein Bekenntnis geben: zur Demokratie und zum Sozialismus. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich drei Redner, die zum Teil die bekannten Angriffe gegen unsere Partei hervorbrachten, worin sich im gewohnten hetzerischen Ton ein kommunistisch-angehauchter Unabhängiger besonders hervortat und die verschiedensten politischen Begriffe wirr durcheinander warf. Ein anderer Redner unterstrich die Ausführungen des Referenten in der Frage des Vertrauens zu den französischen und englischen Sozialisten. In seinem Schlußwort ging Gen. Lanzke in sachlicher Weise auf die Angriffe ein und widerlegte die unsinnige Auffassung, daß nur mit Gewaltmitteln und nicht wie es die Sozialdemokratische Partei bisher stets mit Erfolg handhabt: durch Ueberzeugung der sozialistische Gedanke verbreitet werden soll. Das Referat wie der ganze, einwandfreie Verlauf der Versammlung hat auch bei unseren Gegnern von links augenscheinlich Eindruck hinterlassen und der wenige Widerspruch, den der Redner selbst bei Behandlung der grundsätzlichen Fragen unserer Parteipolitik fand, zeigte, daß seine Ausführungen auf keinen steinigen Boden gefallen sind.

Ammendorf. Am Montag abend wurde bei uns der Wahlkampf durch eine sehr gut besuchte Wählerversammlung eröffnet. Gen. Prof. Waentig sprach über „Deutschlands Schicksalstunde“. In klarer allgemein verständlicher Weise erläuterte der Redner die Ziele des Sozialismus und erntete mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Zur Diskussion meldete sich Gen. Kriegsbeschädigter K. Günther, der in beredten Worten die Notlage der unglücklichen Opfer des scheußlichen Völkermordens schilderte und eine recht wirksame Vertretung deren Interesse forderte. Ein weiterer Redner meldete sich nicht. Dies war ja auch vorauszusehen, denn Gen. Waentig hatte schon in seiner Rede mit eingeflochten sollte sich in der Diskussion ein Verfechter des alten Obrigkeitsstaates zu Worte melden, so würde ihm eine glänzende Abfuhr zuteil werden Im Schlußwort versprach Gen. W. es als Ehrenpflicht zu betrachten, nach besten Kräften sich der Sache der Kriegsbeschädigten anzunehmen und mahnte die Streitaxt zwischen den getrennten Arbeiterparteien zu begraben. Getrennt marschieren! Vereint schlagen! Genossinnen und Genossen beherzigt diese Mahnung im kommenden Wahlkampf! Der Feind steht rechts

Berga (Kyffh.) In einer sehr stark besuchten Versammlung unserer Partei sprach am Dienstag Gen. Lehrer Troll über die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl. Die Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung, sodaß wir hier eine Ortsgruppe gründen konnten. In der Aussprache meldete sich zunächst ein Deutschnationaler der allgemeine Heiterkeit erweckte und zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751920052‌1-11/fragment/page=0007

Abzug gezwungen wurde, als er sagte: „Es dürfte gar nicht gelitten werden, daß ein Lehrer Wahlreden hält". Gen. Troll hatte infolge dieses reaktionären Gefasels noch einmal Gelegenheit, der Versammlung zu zeigen, welcher Geistesrichtung diese Leute sind. Als zweiter Gegner kam der Führer der hies. Unabhängigen zum Wort. Natürlich konnte er nicht unterlassen, unsere Partei zu verunglimpfen. Gen. Troll aber führte ihn so ab in seiner Entgegnung, in der er hervorhob, daß er, Troll, ein Sammler sei, während der Unabhängige ein Zerstreuer sei. Als Gen. Troll endete mit den Worten: „Seid einig, einig, Proletarier!" erhob sich ein begeisterter Zustimmungssturm. Wir können sagen: Der Erfolg dieser Versammlung war für uns ein ganzer.

Breitenbach (Harz). In einer zahlreich besuchten Versammlung sprach am Sonnabend der Gen. Lehrer Troll aus Sangerhausen im Brachmannschen Lokale über: „Die Bedeutung der Wahl am 6. Juni". Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu den Ausführungen kund, so daß sicher im Orte auf einen Sieg der S. P. D. zu rechnen ist.

Kropstädt. Am 15. Mai wurde im Lokal von Ehle eine öffentliche Wählerversammlung unserer Partei abgehalten. Gen. Wiegand beleuchtete in 1½stündigem Vortrag die jetzige politische Lage sowie das Wesen der Demokratie und des Sozialismus. Eine Diskussion fand nicht statt. Aus dem reichen Beifall und der Aufmerksamkeit der Zuhörer ist zu vernehmen, daß auch diese Versammlung für uns einen Erfolg mit sich bringen wird.

Königerode. Am Sonntag fand hier eine große, sehr gut besuchte öffentliche Versammlung der S. P. D. im Güntherschen Lokal statt. Gen. Seifert-Ballenstedt sprach über die kommende Reichstagswahl. In gut durchdachten Ausführungen legte der Referent die Ziele unserer Partei dar und ging auf alle unsere jetzt interessierenden Tagesereignisse ein. In der Diskussion legte Gen. Otto Rothe-Harzgerode den Frauen dringend ans Herz, sich nicht nur ihres Wahlrechtes, sondern auch ihrer Wahlpflicht bewußt zu sein und im schweren Wahlkampf ihre Männer zu unterstützen. — Nachmittags fand eine Deutschnationale Versammlung statt. Die dort zur Kenntnis gebrachten arbeiterfeindlichen Ansichten waren sogar einem Vertreter der Deutschen Volkspartei zu stark. Der Standpunkt der Arbeiterschaft wurde den Reaktionären gegenüber vom Gen. Buchmann-Harzgerode gründlich vertreten.

Görsbach. Einen guten Verlauf nahm am Mittwoch eine Versammlung unserer Partei in Görsbach, in der Gen. Troll aus Sangerhausen über die Bedeutung der Reichstagswahl und die Parteien sprach. In einem rein bäuerlichen Orte, zumal der „Goldnen Aue", ist es für die Sozialdemokratie schwer, festen Fuß zu fassen, wenn es an einer fortlaufenden Aufklärungsarbeit gefehlt hat. Und das war hier der Fall; denn seit der Nationalwahl hatte man hier nichts mehr von unserer Partei gehört. Gen. Troll ist es nun gelungen, durch seinen Vortrag die Gemüter aufzurütteln und in die Köpfe einzuhämmern, daß uns niemals der Kapitalismus, sondern nur der Sozialismus aus der Not und dem Elend, welches die Rechtsparteien über uns gebracht haben, wieder herausbringen kann. Die Wahl der sozialdemokratischen Liste Krüger am 6. Juni ist ein bedeutender Schritt nach dieser Richtung hin.

Piesteritz. Eine öffentliche Volksversammlung konnte endlich einmal auch hier abgehalten werden. Gen. Prof. Waentig-Halle stellte sich den hiesigen Wählern als Reichstagskandidat vor und referierte über „Die Reichstagswahl — Deutschlands Schicksalsstunde". Ueber den streng sachlich gehaltenen volkswirtschaftlichen und nationalökonomischen Vortrag unseres Genossen auch nur ein einziges Wort zu sagen, erübrigt sich wohl. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß es kam, wie es kommen mußte. Die recht zahlreich erschienenen Anhänger der U. S. P. und K. P. D. rutschten auf dem Referat herum, wie auf einem glatt geschliffenen Marmorblock. Ein Eindringen und vor allem Widerlegen desselben war keinem von ihnen möglich.

Schweinitz. Am Donnerstag, den 13. Mai sprach hier in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Privenau (Wittenberg) über das Thema: „Die kommenden Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie". Die Ausführungen wurden mit der größten Aufmerksamkeit aufgenommen. Der gerade nicht günstig gewählte Zeitpunkt (abends 6 Uhr), trug dazu bei, daß der Besuch nicht sehr groß war. Auch fehlten die Frauen fast vollständig. In der Diskussion meldeten sich einige Redner, die die Koalitionspolitik bemängelten. Im Schlußwort ging Gen. Privenau auf das Diskussionsergebnis ein, wies besonders auf die Stimmungsmache der Rechten hin und forderte die Versammlung auf, am 6. Juni die Liste der sozialdemokratischen Partei, Krüger-Waentig zu wählen. Eine Tellersammlung ergab 63,65 Mark.

Senda. Vergangenen Sonntag referierte Gen. Wiegand in einer öffentlichen Volksversammlung der S. P. D. über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den kommenden Wahlen. Seine äußerst sachlichen Ausführungen veranlaßten sogar einen Berliner Unabhängigen zu der Erklärung, daß er den Worten unseres Genossen nichts hinzuzufügen hätte und bäte, geschlossen für die sozialdemokratische Liste einzutreten. Der vielseitige deutschnationale Agitator Löhr versuchte mit allen möglichen Zitaten die Worte unseres Genossen zu entkräften. Unterstützt wurde er darin noch von einem ganz jungen Menschen, der eben erst aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war. Es war unserm Genossen Wiegand ein leichtes, die Herren zu widerlegen. Nach seiner Ansicht nimmt der Wahlkampf nur darum scharfe Formen an, weil die Gegner alle möglichen Lügenmeldungen der Presse für ihre Zwecke zusammenstellen. Der reiche Beifall zeigte, daß diese Versammlung ein guter Auftakt zu den Wahlen war.

Naundorf bei Annaburg. Hier sprach in einer Wählerversammlung der Genosse Dietrich-Falkenberg. In der Diskussion griff der U. S. P.-Mann Böhm ein. Im Schlußwort widerlegte Genosse Dietrich mit Zustimmung von Böhm, dessen Ausführungen, der darauf erklärte, falsch unterrichtet zu sein!

Burxdorf. Am 15. Mai fand hier die erste Wählerversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Genosse Dietrich sprach über die Reichstagswahlen. Neue Anhänger der Partei wurden gewonnen. Eine Tellersammlung ergab 30 Mark für den Wahlkampf.

Dolithaida. Gen. Dietrich sprach hier am 17. Mai in zweistündiger Rede unter voller Aufmerksamkeit der Zuhörer. Ein Berliner Unabhängiger gab offen seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß er an den Ausführungen des Genossen Dietrich nichts kritisieren könne. Es blieb ihm weiter nichts übrig, als wie längst widerlegten, alten Tratsch vorzubringen. Er langweilte dabei die Versammlung 1½ Stunden lang, und als er geendet hatte, verließ er mit seinen Anhängern auf Kommando fluchtartig den Saal. Ja, ja, so sehen die „Ueberzeugungstreuesten" aus. Kritik können sie nicht vertragen und aus Angst, daß doch einer von den ihrigen überzeugt werden könnte, rücken sie lieber ab.

Naundorf b. Lauchhammer. Gründliche Abfuhr der Deutschen Volkspartei. Kaum daß von der äußersten Rechten der Kampf zur Reichstagswahl eröffnet wurde, folgte ihr der Vetter nach. Ein Herr Meißner aus Gröditz behandelte das Thema: „Sozialismus". Die Regierungssozialisten müssen doch schlechte Menschen sein, denn jede Oppositionspartei hackt und tadelt an ihr herum. Doch ein Sprichwort sagt: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen". Bedauerlich ist es, daß es noch Beamte gibt, welche für solch ein Gerede noch Beifall bringen können. Die Diskussion drückte nun aus, was Wahrheit ist und wie unerfahren dieser Herr auf dem Gebiete „Sozialismus" ist. Ein Lehrer aus Camenz versuchte durch sein „Einspringen" noch zu retten, was zu retten war. Es half ihm nichts. Vom Kommunisten bis zur U. S. P. war es ihm gründlich gesagt worden. Doch nun kam unser Genosse Heuzeroth zu Worte, trefflich und rein sachlich legte er ihm in kurzen Worten klar, daß der Herr Referent doch in gar keiner Weise Recht hatte. Auch gab er diesem Herrn zu verstehen, daß es jetzt keine Kunst sei, so zu reden, vor allen Dingen sei ja seine Partei nicht in der Regierung und daß er früher, als seine eigene Partei noch am Ruder gewesen sei und diese doch sehr grobe Fehler, vor allen Dingen wider das werktätige Volk, gemacht hätte, auf keinem Fall solche faden Erzählungen gemacht haben würde. Der reichliche Beifall seitens der vielen anwesenden Genossen zeigte, wie wahr unser Genosse H. gesprochen hatte. Infolge einer Lüge, welche sich der „Lehrer" aus Camenz betreffs der Lage in Rußland zu erdreisten wagte, wurde die Versammlung, ohne das Schlußwort zu hören, verlassen. Auch konnte man sehen, daß sich die hiesige Linke darin einig ist, sobald es heißt: Der Feind von rechts greift an. Es wäre eine Freude für einen Sozialisten, wenn das immer so wäre. Am 6. Juni gebt den Stimmzettel ab, nämlich den für die S. P. D. mit Krüger beginnend.

Mückenberg. Abrechnung mit den deutschnationalen Reaktionären. Am Sonnabend wurde hier der Wahlkampf von unserer Partei eröffnet. Gen. Pikard-Halle beleuchtete in vortrefflicher Weise die kommenden Reichstagswahlen. Scharf führte er den Kampf gegen rechts, und allen Anwesenden von der Deutschnationalen Volkspartei hat er klar und deutlich gezeigt, wohin ihre Reise geht. Als die Zwischenrufe dieser sogenannten — gebildeten — Klasse immer flegelhafter wurden, wies der Referent darauf hin, daß sie sich ein Vorbild an der disziplinierten und anständigen Arbeiterschaft nehmen könnten. In der Diskussion meldete sich ein „zufällig" anwesender Redner, Töpfer-Torgau, von der Deutschnationalen Volkspartei und versuchte für alles Elend die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Auch vergaß er nicht die übliche Judenhetze, leugnete, daß seine Partei für den Kapp-Putsch eingetreten sei und verlangte Fachminister. In schlagenden Beweisen und unter dauerndem Beifall widerlegte Gen. Pikard mit Leichtigkeit die Ausführungen des Diskussionsredners. Viele der Anwesenden haben an diesem Abend den Weg zu uns gefunden.

Könderitz (Kreis Zeitz). Nach Jahren fand am 19. Mai hier im Reinhardtschen Gasthof wieder einmal eine öffentliche Versammlung der Alten Sozialdemokratischen Partei statt. Genosse Lippold-Zeitz sprach über die Reichstagswahlen. In einstündiger Rede wies Genosse Lippold auf die kommende Reichstagswahl hin, besprach, was alles für das werktätige Volk auf dem Spiele steht, und rechnete mit den Feinden der Republik, den Alldeutschen, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei umfassend ab. Den Genossen von links, den Unabhängigen, redete er ins Gewissen, sich an intensiver Regierungsarbeit zu beteiligen, denn zum jubeln für sie, durch den Ausfall der Wahlen in Braunschweig usw., bestehe durchaus kein Anlaß. Der Vortrag verfehlte seinen Eindruck nicht und so ist auch in den „Zeitzer Wasserdörfern" zu erwarten, daß unsere Liste „Krüger" guten Erfolg bei der Wahl hat.

Genossinnen und Genossen

vergeßt nicht die

Sammlung

für den Reichstagswahlfonds

Kampffonds-Marken u. Sammel-Listen sind im Parteisekretariat, Harz 42—44, Zimmer 12, zu jeder Zeit zu haben.

Gewerkschaftliches.

2. Bundestag der Kriegsbeschädigten.

k. **Würzburg**, den 15. Mai 1920.

In dem mit den Fahnen der Republik und der einzelnen Bundesstaaten geschmückten Platzschen Garten tagte von Montag bis heute der Reichsbundestag der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen. Mehr als 300 Delegierte aus allen Teilen des Reiches nahmen an den Verhandlungen teil. Das Reichsarbeitsministerium hatte den Ministerialdirektor Kerschensteiner entsandt, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den preußischen Abgeordneten Brandenburg und den bayrischen Landtagsabgeordneten Engelhard. Vertreten waren außerdem die freien Gewerkschaften, Bruderorganisationen der Kriegsbeschädigten aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei. Begrüßungstelegramme kamen aus der Schweiz und von den Kriegsbeschädigtenorganisationen aller Länder, die zu einem Weltkongreß in Mailand einladen. Den Vorsitz führte Roßmann-Stuttgart, der auch den Tätigkeitsbericht der vergangenen zwei Jahre gab.

Von 300 Ortsgruppen mit 25 000 Mitgliedern ohne Angestellte und ohne Geldmittel ist der Reichsbund auf heute 6000 Ortsgruppen mit 700 000 Mitglieder gestiegen. Alle sozialpolitischen Gesetze, die im Laufe der zwei Jahre von Reich, Staat und Gemeinde für die Kriegsopfer geschaffen worden sind, tragen den Stempel des Reichsbundes. Was den Reichsbund hochgebracht habe, sei seine politische und religiöse Neutralität gewesen. Die Organisation wurde siegreich durch die Stürme der Revolution getragen und es sei auch fernerhin die vornehmste Pflicht des Reichsbundes, daß die Kriegsbeschädigten nicht zum Spielball der politischen Parteien werden. Niemand sei leichter in übersteigenen Radikalismus zu treiben als die Opfer des Krieges, deshalb müsse die Bundesleitung den Mut haben, auch den Mitgliedern unangenehmes zu sagen, und wer diese Pflicht nicht kenne, habe die Qualität des Führers verloren. Wie die Kriegsbeschädigten die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Völkern mißbilligen, so würden sie sich auch gegen jeden Bürgerkrieg wenden, um an dem Wiederaufbau des Vaterlandes zu arbeiten. Gemeinsam mit der gesamten Volksgemeinschaft und unter Berücksichtigung des vernichteten Volksvermögens könnten allein die Forderungen der Kriegsopfer durchgesetzt werden. Fort mit allen terroristischen Mitteln.

Von diesem Sinne Roßmanns, dessen Worte den stürmischen Beifall des gesamten Kongresses fanden, waren die Verhandlungen des Kongresses getragen.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht wurde zum Teil recht heftige aber nie über den Rahmen der Sachlichkeit hinausgehende Kritik geübt. Trotzdem die Organisation ungeheure Summen verschlingt, gehen die Bundesbeiträge nur sehr mangelhaft ein. Schuld daran sei, daß der Vorstand die direkte Kassierung der 6000 Ortsgruppen übernommen habe, während diese Arbeit von den einzelnen Gauen mit viel größerem Erfolg hätte durchgeführt werden können. Alle zu Wort gekommenen Gauvertreter fordern mehr Selbständigkeit und mehr Mitbestimmungsrechte für die Gauen. Unter Betonung der Notwendigkeit der Zentralisation des Reichsbundes bedeute es jedoch keine Zersplitterung, wenn in den verschiedenen Landesteilen größere Freiheiten gewährt würden. Dieses erfordere auch die Eigenart der einzelnen Provinzen. Aus den reaktionären Ecken Deutschlands kommen Klagen über das mangelnde Verständnis und oft direkte Bekämpfung, der die Organisation ausgesetzt sei. Gegen solche Reaktionäre müsse in der schärfsten Weise Front gemacht werden. Geklagt wurde auch über die amtlichen Fürsorgestellen, die zum Teil noch Versorgungsposten für stellungslose Offiziere seien. Scharf kritisiert wurde auch die Nichtbeschickung des Genfer internationalen Kriegsbeschädigtenkongresses.

In seinem Schlußwort verteidigt Roßmann den Vorstand gegen die Angriffe. Die Unzulänglichkeit des Menschenmaterials seien die Urheber aller Fehler gewesen.

Einen großen Teil der Tagesordnung nehmen die Referate über das neue Rentenfürsorgegesetz ein und über die Aufgaben und Ziele des Reichsbundes. Ueber das erste Thema referiert Wolfsberg-Hamburg. Das jetzt von der Nationalversammlung verabschiedete Versorgungsgesetz, das einen großen Teil der programmatischen Forderungen des Reichsbundes verwirkliche, sei eine bedeutende soziale Tat. Die Aufhebung der militärischen Rangklassen für die Zumessung der Renten, der Fortfall zwischen Kriegsdienst- und Friedensdienstbeschädigung, die Gewährung von Zulagen nach dem Familienstande, nach Ortsklassen sowie eines beweglichen Zuschlages nach der jeweiligen Teuerung kann der Reichsbund als seinen Erfolg buchen. Ein gewaltiger kultureller Fortschritt sei die Anerkennung des gesetzlichen Anspruches der Kriegsbeschädigten auf weitgehende Heilbehandlung. Das Gleiche müsse jedoch auch für die Hinterbliebenen errungen werden.

Ueber die soziale Fürsorge spricht Schümann-Hamburg.

Helwig-Berlin behandelt das Siedlungswesen.

Einzelreferate erstatten noch Katzmeier-Stuttgart, Frau Schott-Düsseldorf, Roth-Frankfurt a. M. und Röber-Magdeburg, die über die Organisation der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebene, Kriegsgefangene und Kriegsteilnehmer sprechen. Alle Redner betonen, daß die Zeit der Kriegervereine vorbei sei und nur eine Organisation wie der Reichsbund die Wunden des Krieges heilen könne.

Der vierte Verhandlungstag gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den internationalen Verständigungsgedanken gegen jeglichen Militarismus, gegen die Härten des Versailler Vertrages für die Völkerversöhnung und den Völkerfrieden. Pfänder-Berlin, der zu diesem Punkte sprach, erinnert an die 35 Millionen Menschen die der Weltkrieg gekostet habe und verlangt internationale Regelung der Fürsorge. Niemals sei die internationale Verständigung der Kriegsopfer notwendiger gewesen als jetzt. Es sei deshalb zu begrüßen, daß noch in diesem Jahre in Mailand eine internationale Konferenz aller Kriegsbeschädigten stattfinde. Die Kriegsopfer aller Länder hätten die Pflicht, derart auf die Politik eines jeden Landes einzuwirken, daß kommende Kriege unmöglich seien. Entsprechende Resolutionen gegen die Härten des Versailler Friedens und für die Völkerversöhnung wurden begeistert angenommen. Desgleichen eine Resolution, die sich gegen die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten wendet. Die anwesenden ausländischen Gäste fanden mit ihren ähnlichen Ausführungen lebhaften Beifall, desgleichen ein Vertreter der freien Gewerkschaften, der die sozialistische Wirtschaftsordnung als die Rettung aus Not und Kriegsgefahr feierte.

Dem Ministerialdirektor Kerschensteiner, der längere Ausführungen machte, wurde für seine Arbeit beim Rentenversorgungsgesetz der Dank des Reichsbundes ausgesprochen. Wenn in dem Gesetz manche Wünsche unberücksichtigt geblieben seien, so sei vor allem der eilige Schluß der Nationalversammlung schuld, wie er durch den Kapp-Putsch hervorgerufen worden sei, dem gleichen Militarismus, der uns alle Wunden geschlagen habe.

Der fünfte Verhandlungstag bringt die Beschlußfassung über die in außerordentlich großer Zahl eingelaufenen Anträge sowie die Neugestaltung der Statuten. Mit der Neuwahl des Vorstandes und der Wahl des nächsten Tagungsortes schloß die außerordentlich anregende und arbeitsreiche Tagung.

Vermischtes.

Ein Valutascherz.

Welche gewaltige Kaufkraft der Dollar bei dem Tiefstand des europäischen Geldes hat, zeigt eine hübsche Geschichte, die „Daily Expreß" erzählt. Ein junger Amerikaner hatte vor dem Kriege 10 000 Dollar geerbt und mit dem Gelde eine Reise nach England, Frankreich, Spanien, Italien und Deutschland gemacht und dort je 400 Pfund Sterling, 10 000 Franken, 5000 Pesetas, 7000 Lire und 12 000 Mark ausgegeben, worauf ihm noch 500 Dollar übrig blieben. Nach dem Krieg erbte er wiederum 10 000 Dollar und entschloß sich zu einer nochmaligen Reise nach obigen Ländern. Er berechnet den Währungsunterschied und verteilt sein Geld nun wie folgt: England 633 Pfund Sterling, Frankreich 36 000 Franken, Spanien 3800 Pesetas, Italien 27 000 Lire, Deutschland 185 500 Mark. Er geht zum Wechsler und verschafft sich die verschiedenen Geldsorten gemäß obigem Verzeichnisse und beschließt, in Deutschland zu bleiben, bis die Währung wieder normal ist. So tritt er seine Reise an und findet, daß, obschon die Preise überall hoch sind, er mit seinem Geldvorrat gut auskommt. Nur in Spanien wird sein Geld knapp, und er kürzt daher seine Reise dort ab. In Deutschland läßt er sich mit 185 000 Mark nieder und wartet nun dort, bis die Währung wieder normal ist. Dieses Ereignis tritt nach Verlauf eines Jahres ein, und nachdem er 85 000 Mark ausgegeben hat. Mit 100 000 Mark in der Tasche geht er zum Geldwechsler und erhält 20 000 Dollar ausgezahlt, also das Doppelte der Summe, mit der er seine Reise antrat; und außerdem hat ihn sein langer Urlaub keinen Pfennig gekostet.

Der Spaß hat natürlich ein Loch. Es ist nämlich so gut wie ausgeschlossen, daß in Deutschland die Währung nach einem Jahr normal sein wird. Aber wenn es so käme, würde die Rechnung stimmen.

Die verlorene Nase.

Der russische Dichter Gogol hat eine wunderliche Geschichte geschrieben, die den Titel „Die Nase" führt und in der geschildert wird, wie ein Mensch sein so wichtiges Riechorgan verliert und was er auf der Jagd nach diesem unentbehrlichen Gegenstand alles erlebt. Dieser phantastische Alptraum eines Dichters ist zur Wirklichkeit geworden. Ein Stallknecht aus Windsor, William Robertson, hat wirklich und buchstäblich seine Nase verloren und sie glücklicherweise wiederbekommen. Am 15. August ging er abnungslos in den Stall, um die Pferde zu putzen; dabei fiel plötzlich das Oberfenster herunter und ein Stück zerbrochenes Glas schnitt ihm die Nase vollkommen ab. Ohne Nase wurde der Blutende ins Krankenhaus gebracht. Der Arzt fragt mich: „Wo ist Ihre Nase?" so erzählt er selbst von seinem Unfall. „Ich wußte es nicht. Der Sohn des Doktors setzte sich aufs Rad, fuhr nach dem Stall und fand glücklich meine Nase im Stroh. Wohl eine Stunde lang war ich ohne Nase". Und indem er voll Stolz auf sein wieder in voller Schönheit prangendes Riechorgan zeigte, fuhr er fort: „Nun ist sie wieder da wie Sie sehen und alles ist gut gegangen." Ueber die Wiederansetzung der verlorenen Nase erklärte der leitende Arzt des Krankenhauses: „Die Nase wurde in Salzwasser gewaschen und dann angenäht. Nachdem sie fast eine Stunde lang mit einer warmen Salzlösung behandelt worden war, erlangte sie ihre Lebenskraft wieder, erhielt neue Blutzufuhr und heilte dann allmählich an. Es ist nicht die geringste Verunstaltung zurückgeblieben, sondern sie sieht aus, wie wenn sie nie ihre Stelle im Gesicht verlassen hätte . . .

Versammlungs-Kalender

Delitzsch. Freitag, den 21. Mai, abends 9 Uhr: Sitzung der Preßkommission, Distriktsführer und der Wahlkommission. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig. **Der Vorstand.**

Naundorf b. Lauchh. Am Freitag, den 28. d. Mts., findet abends 8½ Uhr eine Mitgliederversammlung des hiesigen Parteivereins bei dem Gen. Wesenigk statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. **Der Vorstand.**

Papitz-Schkeuditz. Sonnabend, den 22. Mai, abends 7 Uhr, im Landhaus Papitz (Karl Ritter) außerordentliche Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Freunde können eingeführt werden. **Der Vorstand.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200521-11/fragment/page=0008